Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und sozio-kulturellen Zentren in Baden-Württemberg

Mitglieder:

KuKoZe Esslingen · Alte Mühle · Arbeitskreis Alternative Kultur (AAK) · Zelt-Musik-Festival
Fabrik für Handwerk, Kultur und Ökologie · Kulturfenster · Ästergarten · Projekt Zukunft · JZ Aalen
Kulturzentrum Brackenheim · Tollhaus · K9 · Lindenhof · Goldener Anker · Schlauch · Zelle · Nepomuk
Gems · Kulturwerkstatt Simmersfeld · Club Manufaktur · Club Alpha 60 · Merlin · Theaterhaus · Laboratorium · Mitte
VfkA Trochtelfingen · Club Voltaire · Zentrum Zoo · Roxy · Freie Volkshochschule Argental · Spechtennest · Rätschenmühle

LAKS Ba.-Wü. Landesverband der Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren e.V.

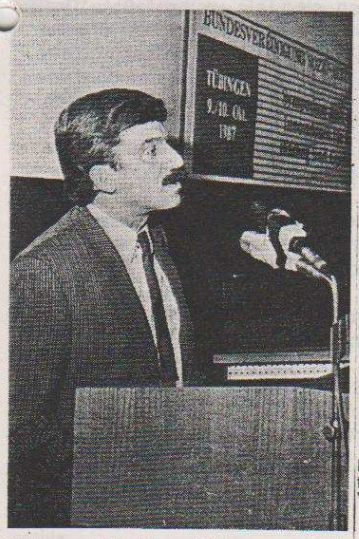
LAKS-Info Nr.12/11.11.1987. Hrsg. v. Sprecherrat der LAKS Baden-Württemberg. Redaktion: Eckard Holler, Herrenberger Str.15, 7400 Tübingen, Tel.07071/43341. Auflage: 300. Nachdruck gestattet gegen Übersendung eines Belegexemplars.

---

1. Am 29.11.87 findet in Horb-Nordstetten in der Gaststätte Maier die diesjährige Landeskonferenz der LAKS Baden-Württemberg statt. Auf der Tagesordnung stehen neben den Neuwahlen des Sprecherrats und den Festlegungen über die künftige Geschäftsstelle das aktualisierte Entwicklungsprogramm für soziokulturelle Zentren in Baden-Württemberg und - damit im Zusammenhang - die Diskussion über den Umgang mit den neuen Landeszuschüssen. (Die Anmeldungen sind umgehend an die Geschäftstelle in Tübingen - neue Adresse beachten ! - zu richten, die Tagungsgebühr beträgt 30.-DM. Beginn: 9 Uhr, Ende: 18 Uhr).

2. Ein positives Ergebnis brachte ein Gespräch zwischen der LAKS Baden-Württemberg (vertreten durch Eckard H., Gerhard B., Ekke E., Rainer R.) und Dr. Selbach im Ministerium für Kultus und Sport in Stuttgart am 16.9.87 über eine Einbeziehung von soziokulturellen Zentren in das Lehrerprogramm im Rahmen der Weiterbildungskonzeption des Landes. Es wurde grundsätzlich zugesagt, daß absofort beamtete Lehrer für Weiterbildungsmaßnahmen an Mitgliedseinrichtungen der LAKS beurlaubt werden können. Voraussetzung ist, daß in den Einrichtungen ein Arbeitsschwerpunkt bei der Weiterbildung liegt. Das Land übernimmt 75% des Gehalts, die jeweilige Einrichtung 25%.

3. Am 12./13.12.1987 findet in Tübingen (Ort: Institut für Erziehungswissenschaften) die Tagung "Zweite Kultur und klassische Kunst" statt. Sie wird für die LAKS von Eckard Holler geleitet. Hauptreferent ist Prof. Thomas Metscher (Uni Bremen), der in zwei Referaten auf den (marxistischen) Begriff der zweiten Kultur und auf seine Bedeutung für die Analyse klassischer Kunst (Literatur, Malerei) eingehen wird. Als weitere Referenten sind vorgesehen:



Bildungsminister Jürgen Möllemann sprach in Tübingen über Kulturförderung.

Hochkarätig besetztes Podium im Kupferbau: Staatssekretär Matthias Kleinert, Wilhelm Neufeldt aus dem Bonner Bildungsministerium, Moderator Olaf Schwencke, Hermann Glaser als Vertreter des Städtetags und Waltraud Ulshöfer von den Grünen (von links). Fotos: jk

Reutlinger General-Anzeiger (GEA) v. 12.10.87

Alexander Heisler, Martin Lütcke, Albrecht Dümling, Diether Dehm und Wolf Fritz Haug. Teilnahmegebühr: 45.-DM. Anmeldungen an die LAKS-Geschäftsstelle richten.

4.Die Landeszuschüsse für "Kulturbühnen und Kulturinitiativen", die von der LAKS Baden-Württemberg durchgesetzt wurden, sind inzwischen bewilligt und ausbezahlt worden. Leider wurde die Verteilung nicht über den Landesverband abgewickelt, sondern vom MWK in Eigenregie über die Regierungspräsidien vorgenommen. Die LAKS Baden-Württemberg hatte einen Beraterstatus inne. In der Antwort von Wissenschaftsminister Prof. Engler v. 12.10.87 auf die Anfrage der SPD v. 16.9.87 wurde mitgeteilt, daß von 25 Einrichtungen, die einen Antrag gestellt haben, 19 einen Zuschuß erhalten haben.
Von unseren Mitgliedseinrichtungen wurden folgende berücksichtigt: Goldener Anker, Gems, Zelt-Musik-Festival, Fabrik, AAK, Club Voltaire, Zentrum Zoo, Lindenhof, FVHS Argental, Kulturzentrum Brackenheim, Mitte, LAB, Club Alpha, Manufaktur, Merlin. Abgelehnt wurden die Anträge von: Nepomuk, Dieselstr.26, Tollhaus, Gaststätte Maier, Kulturfenster.
Ablehnungsgründe waren: keine kommunale Komplementärmittel, bloße Veranstaltertätigkeit, Nichterfüllung der 5-Jahres-Frist.
Bei einer Reihe von Einrichtungen verzögert sich die Auszahlung der bewilligten Beträge, so daß der Landesverband bereits in Stuttgart vorstellig geworden ist.
Die neuen Anträge für 1988 müssen bis 1.12.87 beantragt und an die LAKS-Geschäftsstelle geschickt werden. Das Verfahren ist das gleiche wie im Jahr 1987.

5. 5. Am 1.9.87 fand in Karlsruhe im Büro vom Tollhaus eine Sprecherratssitzung statt. Anwesend waren 8 (der 9) Sprecher und vier Gäste. Ein wichtiger Punkt war die Überlegung, die Geschäftsstelle der LAKS künftig zwischen Tübingen und Pforzheim im Verhältnis von 2:1 aufzuteilen und aus den Mitteln der 8%-Bearbeitungsgebühr zu finanzieren. Eckard Holler erläuterte die Gründe für seinen Rücktritt aus dem Bundesvorstand. Gerhard Baral erklärte sich bereit, Baden-Württemberg bei der MV der Bundesvereinigung am 12.9.87 in Essen zu vertreten und deutlich zu machen, daß wir an der bisherigen Satzung der Bundesvereinigung festhalten wollen, die den Aufbau von Landesarbeitsgemeinschaften vorsieht. Eckard Holler wurde beauftragt, für das Symposium Soziokultur am 9./10.10.87 eine kulturpolitische Grundsatzerklärung zu entwerfen, die die verschiedenen Forderungen, die bisher erhoben wurden, zusammenfaßt.
6. Das Symposium "Soziokultur - Innovationen für Kultur, Bldung und Gesellschaft" fand am 9./10.10.87 unter Beteiligung von Bundesbildungsminister Möllemann, veranstaltet von der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren, in Tübingen statt. In einem Grundsatzreferat anerkannte Möllemann die Bedeutung der Soziokultur und die Arbeit der soziokulturellen Zentren. In seinem Referat führte er aus: "Schon jetzt scheint mir aber evident zu sein, daß Soziokultur und die entsprechende kulturelle Praxis Antworten sind auf veränderte gesellschaftliche Bedingungen und Strukturen. ... Soziokulturelle Zentren haben sich als weitgefaßtes Praxisfeld einer neuen breiten Kulturabreit mit unterschiedlichsten Arbeitsansätzen in unserer Gesellschaft durchgesetzt. Ihre Arbeit findet Anerkennung und Nachahmung. Soziokulturelle Zentren sind oder können es zumindest sein, Beispiele für die Aufhebung der Trennung von Bildung und Kultur und der Trennung von Kunst und Alltag."
Der Verlauf der Veranstaltung und ihre Resonanz in der Öffentlichkeit wurden allgemein als erfolgreich bewertet. Artikel erschienen in den Lokalzeitungen in Tübingen, Reutlingen und Calw, jedoch auch in der Stuttgarter Zeitung, in der TAZ und in Contraste. Der Südwestfunk berichtete in einer ausführlichen Sendung.
Die örtliche Durchführung des Symposiums war jedoch durch die internen Querelen im Club Voltaire erschwert: die eine Gruppe (um Eckard Holler) organisierte den ordnungsgemäßen Ablauf, die andere organiserte die Störung der Rede von Bundesbildungsminister Möllemann.

7. Das 15. Deutsche Jazz-Forum, das im Oktober 87 in Pforzheim stattfand, wurde von der LAKS Baden-Württemberg mitgetragen. Am 29.10.87 fand eine bundesweite Tagung zum Thema: "Jazz-Förderung - Modelle und Perspektiven" statt, an der u.a. Gerhard Baral und Werner Schretzmeier teilnahmen und bei der u.a. das von der LAKS entwickelte Förderprogramm für Künstler im Bereich der alternativen Kunst Beachtung fand.
Am Rande der Tagung war zu erfahren, daß es in Baden-Württemberg einen Verband der Jazzclubs gibt, der 20 Mitgliedseinrichtungen hat.

- 3 -

Staatsknete für die „zweite Kultur"

Symposium der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren in Tübingen — Möllemann streichelt die Alternativen

Wir fordern die politische Anerkennung unserer Arbeit", erklärte am Wochenende Dani Pentorf für die Bundesvereinigung soziokultureller Zentren, Veranstalterin des Symposiums „Sozio-Kultur: Innovation für Kultur, Bildung und Gesellschaft", vor ca. 200 Teilnehmern in Tübingen.

In Anwesenheit von Bundesbildungsminister Jürgen Möllemann und dem baden-württembergischen Staatssekretär Matthias Kleinert trat die Vereinigung für die Gleichstellung der Zentren mit Institutionen wie Theatern und Bibliotheken, für entsprechende finanzielle Unterstützung sowie Aufbaustudiengänge und Weiterbildungsangebote für deren Mitarbeiter ein. Die Arbeit der Zentren ermögliche die Lösung sozialpolitischer Probleme aus der Kulturarbeit heraus und habe somit einen berechtigten Platz in dieser Gesellschaft.

Eine Kooperation „in Zeiten einer gesellschaftlichen Umbruchsituation" befürwortete auch Matthias Kleinert. Soziokultur dürfe dann jedoch nicht weiter „zweite Kultur" bleiben, denn „zwei Kulturen darf es einfach nicht geben". Eine ähnliche Umarmung hatte davor Jürgen Möllemann versucht: Für ihn ist es keine Frage „daß es in unserer Gesellschaft einen bis heute nicht befriedigten Bedarf nach solcherart künstlerischer und kultureller Dienstleistungen gibt."

Als Erfolg ihrer Arbeit werteten die Veranstalter solche Worte, wie überhaupt schon die Anwesenheit des Ministers. Wenig Verständnis konnten sie dagegen der Untermalung der Möllemann-Rede durch eine studentische Blaskapelle entgegenbringen, ebensowenig den aufgestellten Transparenten: „Beethoven statt Butterbrot, Bildung für Mümmelmann, statt Bildung für Alle". Immerhin ging es ums Geld und dafür mußten die Verdienste der Soziokultur möglichst ordentlich präsentiert werden. Von einer ehemals sich als Gegenkultur verstehenden Praxis war folgerichtig weniger die Rede. Die radikalsten Statements kamen ausgerechnet von offizieller Seite. So beharrte Herrmann Glaser entschieden darauf, daß soziokulturelle Maßnahmen über soziale Reparaturleistungen hinausgehen müßten. „Was muß man Baden-Württemberg vorspielen, um Herrn Kleinert zum Tanzen zu bringen?", fragte der Kulturdezernent der Stadt Nürnberg. Ministerien, die mit der Alternativkultur über deren Rolle und Aufgaben diskutieren sollen, werden es vermutlich nie lernen müssen.

Mathias Richter

die tageszeitung (TAZ, Berlin) v. Mi, 14.10.87

»Schmuddelkinder werden salonfähig«

Tübingen: Bundesbildungsminister findet lobende Worte für soziokulturelle Zentren

Tübingen. (jk) Als Nagelprobe öffentlicher Kulturfinanzierung hat Bundesbildungsminister Jürgen Möllemann in Tübingen die Unterstützung soziokultureller Zentren bezeichnet. Bei einem zweitägigen Symposium zum Thema »Soziokultur – Innovationen für Kultur, Bildung und Gesellschaft« wandte sich der Minister gegen das Schlagwort der »subventionierten Opposition« und vertrat die Ansicht, die Förderung dürfe nicht vom Grad der inhaltlichen und politischen Zustimmung abhängig gemacht werden. Waltraud Ulshöfer, kulturpolitische Sprecherin der Grünen im Stuttgarter Landtag, wertete die anerkennenden Ausführungen Möllemanns als Zeichen, daß die einstigen »Schmuddelkinder salonfähig geworden« seien.

Über Kultur, so Möllemann in seiner Rede, dürfe nicht mehrheitlich abgestimmt werden. »Wenn ein gesellschaftlicher Bedarf besteht, und die bisherige Arbeit der soziokulturellen Zentren belegt dies eindrucksvoll, dann müssen Politiker auch dann handeln, wenn ihnen das eine oder andere inhaltlich möglicherweise nicht paßt«. Die rund 120 Zentren in der Bundesrepublik, so der Minister, zählten im Jahr mehr als fünf Millionen Besucher und arbeiteten mit einem Haushaltsvolumen, das hochgerechnet auf etwa 40 Millionen Mark beziffert werde.

Den Staat hält Möllemann als Geldgeber für unverzichtbar, da sich kulturelle Angebote nie völlig kostendeckend realisieren ließen. Die Finanzierung der freien Kulturarbeit falle jedoch in erster Linie den Gemeinden zu. In diesem Zusammenhang verwies der Minister auf die schwierige Frage der Um- beziehungsweise Neuverteilung begrenzter Haushaltsmittel und appellierte an die verantwortlichen Kulturpolitiker, die wie er sagte, erfolgreiche Art der praxisnahen Kulturarbeit zu stärken.

Möllemanns Rede im Kupferbau der Universität wurde im übrigen mehrfach unterbrochen von lautstarken Mißfallenskundgebungen einer rund zehnköpfigen studentischen Musikergruppe, die dem Minister seine Haltung in bezug auf die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes und die Bundesausbildungsförderung zum Vorwurf machte.

Der Stuttgarter Staatssekretär Matthias Kleinert betonte im Anschluß die Verantwortung der Länder für die Kulturförderung. Erst nach einer Erprobungsphase von fünf Jahren, so Kleinert, halte die Landesregierung die finanzielle Zuwendung an soziokulturelle Zentren für sinnvoll, weil erst dann die Garantie für kontinuierliche Arbeit erbracht worden sei. Den Teilnehmern des Kongresses hielt er vor, mit dem »Schrei nach Zuschüssen« und gleichzeitigem Bewahren eines alternativen Anspruchs in Widersprüche zu geraten. Eine entscheidende Wegmarke erwartet Kleinert nach der geplanten Steuerreform: »Da wird noch einiges Heulen und Zähneklappern kommen«.

Hermann Glaser, Vorsitzender des Kulturausschusses im Deutschen Städtetag und Nürnberger Kulturdezernent, unterstrich, daß die soziokulturellen Zentren nicht zum »Randproblem der Kulturpolitik« verkommen dürften. Nur die Stärksten haben nach seinen Erfahrungen die fünfjährige Durststrecke überlebt, viele hoffnungsvolle Alternativen sind vor dem Erreichen der Fördergrenze auf der Strecke geblieben.

Selbst die nun im Stuttgarter Haushalt vorgesehene halbe Million sei allgemein für Kulturbühnen bestimmt, widersprach Glaser seinem Vorredner. Ein Sieben-Millionen-Defizit bei der Napoleon-Ausstellung werde anstandslos übernommen, die alternativen Einrichtungen dagegen anstelle der benötigten 30 Millionen mit einem »Tropfen auf einen sowieso schon überhitzten Stein« vertröstet.

Unterstützung erhielten Glaser und die aus der ganzen Bundesrepublik angereisten Teilnehmer von Waltraud Ulshöfer, die den »Hauch von Landesförderung« anprangerte, der zudem nur über komplizierte Umwege zu erhalten sei. Während der Landesvater in puncto Hochtechnologie mit hohem Tempo glänze, so die Grünen-Sprecherin, zeige er in bezug auf die hier verhandelten Probleme übergroße Bedächtigkeit. Selbst eine Initiative wie der Melchinger Lindenhof, der im vergangenen Jahr die ansonsten eher wackligen Landeskunstwochen in Tübingen gerettet habe, werde so stiefmütterlich behandelt.

Die Vorstellungen der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren, die zum Symposium als Bestandteil einer zweijährigen vom Bildungsministerium in Auftrag gegebenen Studie geladen hatte, wurden anderntags in einer Sitzungspause präzisiert. Neben einer Regelförderung hält man auch die Anerkennung der Landesarbeitsgemeinschaften und die Einleitung von Entwicklungsprogrammen unerläßlich. Steuerliche Gleichstellung mit Theatern und ähnlichen öffentlichen Einrichtungen würde die Zentren nach ihrer Auffassung zumindest entlasten.

Reutlinger General-Anzeiger (GEA) v. 12.10.87

Auch wenn es bundespolitis erst ein Anfang war:

Möllemann wertet die Soziokultur auf

Schon deswegen betrachten die alternativen Kulturmacher ihr Symposium als Erfolg

TÜBINGEN (ski). Über 100 Vertreter aus Politik, Wissenschaft und alternativer Kulturpraxis nahmen am Wochenende am Symposium „Sozio-Kultur: Innovationen für Politik, Kultur und Gesellschaft" teil, das im Rahmen eines vom Bundesbildungsministerium unterstützten Forschungsprojekts zur Situation und zum beruflichen Qualifikationsbedarf alternativer Kulturarbeit stattfand. Wichtigstes Ereignis der Tagung war aus Sicht der Veranstalter – der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren – freilich der Kurzauftritt Jürgen W. Möllemanns. Als erster Bundesminister für Bildung und Wissenschaft bekannte sich Möllemann, der den Meinungsaustausch zwischen Politikern und Praktikern am Freitag abend im Kupferbau eröffnete, zur Innovationskraft der Kultur von unten und ihrer Förderungswürdigkeit seitens der Bundesregierung.

In seiner immer wieder vom „Narrhallamarsch" der Tübinger „Trotzblech"- Bläser untermalten Eröffnungsrede lobte Möllemann am Freitag abend im Hörsaal 22 des Kupferbaus die rund 120 soziokulturellen Zentren in der Bundesrepublik, die jährlich etwa fünf Millionen Besucher empfangen und ein Haushaltsvolumen von 40 Millionen Mark erreicht hätten (Zwischenruf Walter Schwenninger: „Das ist gerade ein halber Tornado"). Der Minister nannte die alternativen Kulturhäuser „Beispiele für die Aufhebung der Trennung von Bildung und Kultur und der Trennung von Kunst und Alltag" und mahnte die Kulturpolitiker, sich mit der inhaltlichen Bewertung kultureller Praxis zurückzuhalten: „Über Kultur läßt sich nicht mehrheitlich abstimmen". Der Staat werde jedoch „als Geldgeber unverzichtbar sein, da sich kulturelle Angebote nie kostendeckend realisieren lassen".

Mit der Steuerreform sprach der FDP-Politiker den Punkt an, an dem sich die soziokulturellen Zentren bislang besonders diskriminiert fühlen: „Der Bund verweigert uns im Umsatzsteuergesetz die Gleichbehandlung mit Zoologischen Gärten, Chören und anderen vergleichbaren Einrichtungen", mahnte Klaus Nagel vom „Bramfelder Kulturladen (BRAKULA)" in Hamburg. Möllemann, der durchaus für „weitere Maßnahmen indirekter Kulturförderung" Bedarf sah, wollte denn auch „die Schwierigkeiten nicht verhehlen. Die Große Steuerreform ist nicht zuletzt auch eine Debatte um den Abbau von Subventionen und Steuerbegünstigungen für Sondergruppen."

Einen „ungeheuren Skandal" nannte dagegen der Nürnberger Kulturdezernent und Kulturbeauftragte des Deutschen Städtetages, Dr. Hermann Glaser, die Steuerpläne der Bundesregierung. Die Gemeinden, die bislang fast ausschließlich Soziokultur finanzieren („allein das Nürnberger ‚KOMM' bekommt von der Stadt mehr als was das Land Baden-Württemberg für Soziokultur auswirft"), würden von der Reform „ausgepowert". Statt auch „Städte kaputtzumachen, die noch lange nicht rot sind", solle man sich lieber des Beschäftigungspotentials Soziokultur annehmen: „Schaffen wir auf Dauer 665000 Arbeitsplätze in einem Bereich, der nicht marktverdrängend ist."

Sich zur „Verantwortung der Länder" bekennen wollte der Staatssekretär im baden-württembergischen Staatsministerium, Matthias Kleinert. Mit der halben Million, mit der das Land seit 1987 „Kulturbühnen" fördert, sei „Baden-Württemberg der Einstieg gelungen" – als zweitem Bundesland nach Hamburg übrigens. Kritik mußte sich Kleinert in der folgenden Diskussion nicht nur für das bescheidene Volumen des Etatpostens gefallen lassen (gefordert hatte die Landesarbeitsgemeinschaft der Zentren sechzigmal so viel), umstritten ist nach wie vor auch der Verteilungsmodus: Profitieren können vom „Kulturbühnen"-Topf nicht nur die Soziokulturellen.

Und eine fünfjährige Tätigkeit müssen die Antragsteller auch nachweisen. „Das mag ja Scheiße sein" äußerte sich Kleinert von letzterem Umstand betroffen, warb aber gleichzeitig für mehr Politikverständnis auf seiten der Kulturmacher: „Der Parlamentarier will eben Kontinuität". Gegen das kulturelle Laissez-faire Möllemanns machte sich der CDU-Politiker nachdrücklich für eine Auseinandersetzung um die Inhalte der Soziokultur stark: Der Dialog dürfe nicht lediglich auf „Fifty-fifty-Kompromisse in der Förderung hinauslaufen".

Eckard Holler, der das Symposium für die Bundesvereinigung ausgerichtet hatte, schalt demgegenüber „den Vorschlag, auf Staatsknete zu verzichten" zynisch. Holler verglich die knappen Landesmittel für die Kulturbühnen mit dem 7,5-Millionen-Mark-Defizit der Stuttgarter Napoleon-Ausstellung und klagte: „Wir sehen uns nicht als Randproblem der Kulturpolitik. Genau dazu sind wir damit aber gemacht worden."

In eine ähnliche Kerbe hieb auch die grüne Landtagsabgeordnete Waltraud Ulshöfer, die in der Dezentralität und „lokalen Identität" soziokultureller Arbeit spezifisch südwestdeutsche Traditionen aufgehoben sah. Es gelte, das auf Kommunikation abzielende Selbstverständnis der Soziokultur einem neokonservativen Kulturbegriff zu entziehen, „der Kultur zum Erholungsreservat für die Arbeit macht. Entspannen bei Schiller ist nicht das, was wir unter High Cult verstehen".

Nach den dezidiert kulturpolitischen Statements der Eröffnungsveranstaltung blieb das Samstagsprogramm des Symposiums in der Alten Aula vornehmlich einer wissenschaftlichen Standortbestimmung vorbehalten, welche Anstöße die Soziokultur Gesellschaft, Bildung und Kultur geben könne. So ortete der Bremer Soziologieprofessor Peter Alheit im soziokulturellen Milieu, das gleichsam „sozialstrukturell produziert" sei, den Kern eines neuen „Proletariats marginalisierter humanistischer Intelligenz", von dem er sich gleichwohl die kulturelle Aktivierung bestimmter Teile der Arbeiterschaft erhofft.

Die Vertreter der Zentren selbst legten ihre Erwartungen in einer „Tübinger Erklärung" nieder. Sie fordert unter anderem, die Bundesvereinigung als Ansprechpartner für öffentliche Stellen anzuerkennen und ihre Arbeit seitens der Bundesregierung durch Regelförderung abzusichern, ferner die am Wochenende des öfteren eingeklagte steuerliche Gleichstellung der Zentren mit anderen Kulturträgern. Nötig seien auch Aufbaustudiengänge und Weiterbildungsangebote, bei denen ein direkter Bezug zur alltäglichen soziokulturellen Arbeit gewährleistet ist – alles freilich unter einer Voraussetzung: „Die politische und künstlerische Freiheit der soziokulturellen Einrichtungen nach Artikel 5 des Grundgesetzes ist zu respektieren."

Daß diesbezüglich innerhalb des alternativen Kulturspektrums nicht allenthalben Optimismus herrscht, ließ Mitveranstalter Eckard Holler am Rande durchblicken: Schon das Symposium selbst sei in der Bundesvereinigung „einem Spagat" gleichgekommen, dank des Möllemann-Auftritts freilich einem erfolgreichen.

Schwäb.Tagblatt v. Mo, 12.10.1987

Ein Projekt bringt mehr Leben auf das Land

Kultur und selbstbestimmte Arbeitsplätze im Nordstetter »Maier« / Programm wird ausgeweitet

abi. **Horb-Nordstetten.** Die Rechnung scheint aufzugehen in der Kulturkneipe Maier zu Nordstetten: auf dem Lande selbstbestimmte Arbeitsplätze schaffen – das war und ist einer der bewundernswerten Ansprüche des »Projekts Zukunft e. V.«. Damit soll eine Alternative zu einer Art von Landflucht geschaffen werden; immer mehr Einwohner provinzieller Gegenden pendeln zur Arbeit in die Ballungszentren. Dabei verkommen die Dörfer immer stärker zu regelrechten Schlafsiedlungen. Kultur geht allmählich unter. Mit dem erfolgreichen Betreiben der »etwas anderen Gaststätte« Maier konnten für eben die »Maiers« schon drei solcher Stellen geschaffen werden. Und dort trafen sich die Mitglieder nun Sonntag nachmittag zu einer ihrer erfreulich unkonventionellen Jahreshauptversammlungen.

Ewald Loschko ließ als Vorsitzender vom »Projekt Zukunft e. V.« die vergangenen zwölf Monate nochmals Revue passieren. So nahmen die Mitglieder am Ostermarsch teil, an einem Schweigemarsch, der großen Anti-Rüstungs-Demonstration in Hasselbach/Hunsrück sowie der Freudenstädter DGB-Kundgebung zum 1. Mai. Walle Sayer konnte in einem neuerlichen Fernsehauftritt die Anliegen des Vereins weiter publik machen.

Der Projektstammtisch, eine »gute Handvoll« Mitglieder, die sich regelmäßig (natürlich im Maier) treffen, möchte mit bereits verschickten »Fragebögen zum Dorf« ein möglichst konkretes »Bild dieser Region« gewinnen, um dann noch effizienter in der Gegend wirken zu können. Die anderen Sparten – Provinzbuchkoffer, Theatergruppe – kamen wieder etwas zu kurz: Der gutgehende Maier spannt sehr viele Mitglieder ein und hindert sie damit an Aktivität in anderen Projekten.

Aber in der Kneipe lief ja auch einiges, wie Helmut Loschko noch einmal in Erinnerung rief. Neben dem üblichen Betrieb (der Vereinsanspruch lautet hier: Humane Preise bei zunehmend ernährungsbewußter Angebotspalette) liefen nicht weniger als 42 Veranstaltungen über die Bühne. In den Bereichen Musik, Literatur, Theater, Kabarett, Kindertheater und Politik; oftmals auch kombiniert, wenn etwa Gedichte aus der Nicaraguanischen Revolution vorgetragen wurden.

Im Maier traten mittlerweile auch andere Initiativen an die Öffentlichkeit. So zeigten Friedensinitiative und BUND Filme. Diese und andere Termine befreundeter Gruppen werden nun auch im »Maier-Info«, einer selbst zusammengestellten Mini-Programm-Zeitung angekündigt. Und gemeinsam mit anderen Literatur-Zirkeln sollen vielleicht künftig Dichterlesungen angeboten werden.

Helmut Loschko brachte in seiner Bilanz Zahlen. Sämtliche Finanzangelegenheiten des Maiers erläuterte er den Mitgliedern. Exakte Löhne samt Abgaben wurden offengelegt, nichts blieb im Dunkeln. Und so zeigte sich, daß der hohe Anspruch, mit dem der Verein seine Kneipe führen läßt, seinen Preis verlangt und rein ökonomischen Gesichtspunkten oft entgegensteht. Verhältnismäßig niedrige Preise und Eintritte, da heißt es, auch bei regstem Besuch, knallhart kalkulieren.

Dazu kommt die Tatsache, daß entgegen der branchenüblichen (weil oft überlebensnotwendigen!) Praktiken die Angestellten ordnungsgemäß angemeldet und versichert sind. Hier möchte der Verein auch einem seiner Ansprüche gerecht werden. Dies sei eine »politische Frage« – wenn man den »zunehmenden Menschenhandel« auf dem aktuellen Arbeitsmarkt betrachte, »hätt ich echt Skrupel, da mitzumischen«, betont Helmut Loschko.

Und so droht ein Finanzloch mäßigen Ausmaßes zu entstehen. Wie soll man diesem sinnvoll begegnen, ohne die Ansprüche, die löblichen, herunterzuschrauben? Eine Stelle streichen, die Preise anheben? Man sah es den Versammelten an; keinem war es wohl bei diesem Gedanken. Zunächst sollen deshalb Zuschußmöglichkeiten überprüft und der Eintritt bei den besonders verlustbringenden Kinderveranstaltungen (eine Mark!) aufgestockt werden.

Genau hundert Mitglieder zählte das »Projekt Zukunft e. V.« am Tage der Versammlung. Mittlerweile werden beim »Projekt Zukunft« verstärkt neue »Illusionen« diskutiert – die Schaffung selbstbestimmter Arbeit in einer Schreinerei oder Buchdruckerei. Spinnereien? So wie damals, mit dem Wunsch nach einer Kulturkneipe halt. Diese geht ins dritte Kalenderjahr, in alter Frische.

Schwarzwälder Bote (Oberndorf) v. 17.3.87

GAZZETTA DI PARMA **Venerdì 24 Aprile 1987**

IL FESTIVAL IN CORSO AL CINGHIO

L'avvincente atmosfera del Theater Lindenhof

Mit einem Betrag von jährlich 300 Mark wird die Stadt Burladingen künftig das Theater Lindenhof Melchingen fördern. Mit diesem bei sieben Gegenstimmen gefaßten Beschluß entsprach der Gemeinderat einem Antrag des Theatervereins. Die Stadt möge »im Rahmen ihrer Möglichkeiten« in eine Förderung eintreten, um dadurch einen Einstieg in das Landes-Bühnen-Förderprogramm zu ermöglichen. Zuvor war ein Antrag des Melchinger Gemeinderates Knör, jährlich 500 Mark zu gewähren, ebenso abgelehnt worden wie der Hauptantrag Gisela Boost-Markerts, die Hälfte der Kosten für eine dringend erforderliche neue Bestuhlung, etwa 6000 Mark, zu übernehmen.

Schwarzwälder Bote v. 31.3.87

Zur Sache

Jämmerlich

Burladingens Haushalt ist nun unter Dach und Fach. Lange hat's gedauert, nachdem die Diskussion um die Melchinger Querelen in der letzten Sitzung zur Vertagung geführt hatte. Doch auch am Donnerstag demonstrierten die Stadträte keineswegs Einigkeit, auch wenn sie an dem in mehrfacher nichtöffentlicher Runde vorberatenen Zahlenwerk nichts mehr zu streichen fanden. Entzweit wurden die Reihen einmal mehr durch die Anträge der SPD. Das Sägewerk Reichert, die Streichung der Zuschüsse für die kirchlichen Kindergarten – das waren natürlich Anträge, die niemals Aussichten auf Erfolg hatten. Anders war das beim Antrag des Kulturvereins „Lindenhof". Was der Gemeinderat, insbesondere die CDU, bei dessen Beratung bot, war wohl ein jämmerliches Schauspiel. Ganz im Gegensatz zu dem, was der Melchinger Kulturverein leistet. Der hatte in seinem Antrag eine Förderung „im Rahmen der Möglichkeiten" der Stadt gefordert und angeführt, daß er seinen Theatersaal für 11000 DM ausbauen wolle. Die CDU verstand, was sie verstehen wollte, was der „Lindenhof" aber nie gefordert hatte: 11000 DM zu geben, argumentierten sie, sei unmöglich und lehnten den Antrag pauschal ab. Erstaunlich auch, daß fast alle Freien Wähler auf diesen Trick hereinfielen. Er war eigentlich ein Armutszeugnis: weil man aus ganz anderen Gründen nicht zustimmen wollte – schließlich ist der Kulturverein ja nichts, was Christdemokraten für sich vereinnahmen können – stimmte man über etwas ab, was gar nicht gefordert war. Aloys Baduras erschreckte Frage („Ja, kriegen die jetzt gar nichts?") wäre wohl zu spät gekommen, wenn sich nicht Burladingens Bürgermeister, vor Jahr und Tag selbst noch engagierter Gegner der Melchinger Theatermacher – für einen „symbolischen" Zuschuß breit gemacht hätte. So gab es dann nach mehreren weiteren Anläufen, bei denen die CDU-Front in sich zusammenbrach, doch noch ein glückliches Ende für die Melchinger. Mit einem kleinen Zuschuß ist ihnen immerhin schon etwas gedient: sie können beim Land weitere Zuschüsse beantragen.

Rolf Vogt

Hohenzollerische Zeitung / 28.3.87

Mit dem Club Voltaire ist sein Festival pleite

Wenig Hoffnung für die Veranstaltung der alternativen Kultur / Von Willibald Ruscheinski

Es wirkte wie ein Schock, als Eckard Holler, Vorsitzender des Tübinger Club Voltaire eröffnete, er habe den Gang zum Amtsrichter angetreten und den Konkurs des Vereins beantragt. Allzu sehr hatte sich die Kulturszene in der alten Universitätsstadt, wo die Alternativen mittlerweile zwanzig Prozent der kommunalen Wählerstimmen einheimsen können, an die frechen Veranstalter von Festivals gewöhnt. Im spitzgiebligen Club-Domizil in der Haaggasse 26 b hat dereinst Schnodder-Poet Bernhard Lassahn, selbst langjähriger Club-Aktivist, seine ersten satirischen Pfeile abgeschossen; dort, und nicht im akademischen Bannkreis der Eberhard-Carls-Universität suchte der Berliner Philosoph Wolfgang Fritz Haug ab und zu den Kontakt zur linken Basis; und bis vor kurzem tagten dort lokale Kulturmacher aller alternativen Schattierungen, um der Stadt ein soziokulturelles Zentrum abzuringen. Es sollte den Namen Ernst Blochs tragen.

Was inzwischen zur linken Tübinger Idylle gehörte wie der Hölderlinturm zur Neckarfront der Altstadt, begann vor siebzehn Jahren an gleicher Stelle mit der Gründung eines Jugendzentrums. Nach internen Querelen mit der DKP-nahen Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend setzten sich 1974 die „Undogmatischen" um den heutigen Club-Chef Eckard Holler durch: Der Club Voltaire wurde zum Forum der alternativen Kultur und Kleinkunst, nicht zuletzt auch zur Heimstatt für die damals mächtig in Schwung gekommene Folk-Bewegung. Gleich im folgenden Jahr wagte man sich an die Organisation des ersten „Tübinger Festivals", das den Club in der ganzen Bundesrepublik bekannt machte und jeden Frühsommer Tausende von Rucksacktouristen in die Stadt lockte.

Ende der siebziger Jahre wandelte sich das dreitägige Spektakel dann von der reinen Folk-Veranstaltung zum Programm-Festival, das unter wechselnden Leitthemen ein Potpourri aus Formen und Farben einer „Zweiten Kultur" präsentierte. Da ging es um Solidarität mit Nicaragua und Apartheid in Südafrika. Hanns Eisler und die „Weiße Rose" wurden behandelt. Wolf Biermann, Mikis Theodorakis und Mercedes Sosa waren zu Gast; Workshops und Podiumsdiskussionen trugen neben Liedermacherkonzerten, Jazz und Theater dazu bei, daß Kritik und Information nicht auf der Strecke blieben.

Zeichen der Stagnation freilich waren in den vergangenen Jahren kaum zu übersehen: Mit der Etablierung der Alternativen stiegen die Ansprüche einer alternden, verwöhnten Club-Klientel, während die Festivalmacher selbst an ihre finanziellen und infrastrukturellen Grenzen gestoßen wurden. Zuletzt konnte die gefährliche Gratwanderung nur noch dank städtischer Subventionen von 120 000 Mark bestanden werden – 1974 reichten noch ganze 600 Mark. Als die Festivalbesucher heuer im Juni erstmals massenhaft ausblieben, schoben sich die Club-Aktiven und ihr Vorsitzender Eckard Holler gegenseitig den Schwarzen Peter für das Debakel zu.

Die kommunalen Kulturpolitiker halten sich jetzt, nach der Konkursmeldung, zurück. Um so mehr überraschte ein spontaner Vorstoß des örtlichen Handels- und Gewerbevereins: Um der „gesamtökonomischen Bedeutung" eines jugendfrischen Tübingen-Images willen und nicht wegen „fünf roten Würstchen, die da beim Festival verkauft werden", erklärten sich die kaum linker Neigungen verdächtigen Mittelständler bereit, dem Club Voltaire zu helfen. Viel Zeit, dem dramatischen Knalleffekt noch ein Happy-End folgen zu lassen, bleibt den Akteuren aber nicht meh[illegible] Schon am Wochenende hat sich der ge[illegible]richtlich bestellte Sequester im Club eingenistet, um die Kassenbücher zu prüfen.

Stuttgarter Zeitung v. 15.9.1987 (oben) Stuttgarter Nachrichten v. 10.7.87 (unten)

Unter kühlen Kastanien kam heiße Stimmung auf

Das dritte Zeltfestival der Manufaktur war ein voller Erfolg

„Besser können wir's nicht mehr machen, deshalb wollen wir die Konzeption nächstes Jahr verändern." Fazit beim Schorndorfer Zeltfestival des Club Manufaktur: Alles spielte mit. Die Atmosphäre im Zelt und auf dem kastaniengesäumten Archivplatz „kam rüber", befand Club-Vorsitzender Christoph Peichl. Nach den Vorstellungen wurde diskutiert, die Künstler mischten sich unters Volk, die Anwohner protestierten nicht, das Wetter war warm – und das Weizenbier süffig.

Über 6000 zählende Besucher zählte der Kassier bei sechs Veranstaltungen. „Damit kommen wir raus", glaubt Peichl. Letztes Jahr waren's noch 17 000 „Miese". „Die Programmzusammenstellung hat gestimmt", lobte Werner Schretzmeier, langjähriger Club-Chef und jetzt Theaterhaus-Macher in Stuttgart als „stiller Beobachter". „Klassiker" wie Dieter Hildebrandt, Jango Edwards und die 3 Tornados brachten die Leute in die Manege. Die Musikbeiträge mit den Jazz-Gitarristen Michael Sagmeister und John Scofield sowie der Salsa-Gruppe „Irakere" hörten sich weit mehr Fans außerhalb des dämpfigen Zirkuszelts an – Musik ohne Grenzen. Kein Zeltfestival ohne Experimente: Die Performance des japanischen Regisseurs Shusaku mit dem Amsterdamer Dormu Dance Theater bot schwere Kost. Gespenstische Experimentalmusik aus der Retorte, dazu Zeitlupen-Ästhetik auf Bierbänken, Alptraum-Choreographie aus dem Schattenreich heraus. Nach einer Stunde zogen die Interpreten ins Freie: Feuerzauber mit brennenden Bällen an langen Drähten.

Der Erfolg des nunmehr dritten Zeltfestivals auf dem Schorndorfer Archivplatz hat die Meinung der Club-Macher gefestigt. Eine Steigerung ist kaum möglich, also auf zu neuen Konzeptionen. Mehrere kleinere Spielorte, über die ganze Innenstadt vertreut. Ein besucherträchtiges Highlight, mehr Experimentelles, dazu auch leise Töne beispielsweise im Innenhof des Schlosses – das sind die noch unausgereiften Pläne. Und: „Wir haben unseren Stellenwert innerhalb des städtischen Kulturlebens gefestigt", ist Christoph Peichl [illegible]cher. Oberbürgermeister Reinhard Han[illegible] hat ein „offenes Ohr" für das künftige Konzept gezeigt – die Club-Leute hoffen, daß sich ihr Engagement auch in klingender Münze als Zuschuß für den Tagesbetrieb niedeschlägt. *Rainer Scheuz*

Im Gemeinderat: Panne Dieselstraße überdenken

Strafe fürs Zentrum

Stuttgarter Nachrichten v. 23.3.87

Junge Union spricht von Werbung für RAF-Symathisanten

Von unserem Redaktionsmitglied Gert Bürgel

ESSLINGEN – Eine doppelte Strafe droht dem Esslinger Kultur- und Kommunikationszentrum Dieselstraße 26, das erfolgreich bemüht ist, die alte Jazztradition in der Stadt wiederaufleben zu lassen. Weil eine knappe konservative Mehrheit im Gemeinderat dem Verein einen Zuschuß verwehrt hat, kann er auch vom Land Baden-Württemberg keine finanzielle Unterstützung erwarten.

Auf diese Folge hat die Esslinger SPD-Abgeordnete Elisabeth Nill am Wochenende gegenüber der Presse hingewiesen. „Nach sieben Jahren haben wir es geschafft, daß das Land jetzt in die Förderung der Soziokultur einsteigen will", erklärte Frau Nill, „und gerade dann wird in Esslingen das Hackbeil geschwungen." Die von ihr beschriebene peinliche Folge für das Zentrum Dieselstraße: Ein Landeszuschuß, über den sich erst in den letzten Tagen die Landtagsfraktionen verständigt haben, ist abhängig vom Zuschuß der Stadt oder des Kreises, in dem der zu fördernde Verein seinen Sitz hat.

Dabei zählten die Kulturzentren des Landes zu den ältesten im Bundesgebiet. Frau Nill nannte hier den Club Voltaire in Tübingen, den Club Manufaktur im Rems-Murr-Kreis oder den Club Alfa in Schwäbisch Hall. Und alle würden von ihren Kommunen bezuschußt. Selbst der Deutsche Städtetag und der Deutsche Kulturrat hätten sich für die Förderung soziokulturellen Zentren und Initiativen ausgesprochen, „weil diese wesentlich zur Verlebendigung einer Stadt beitragen". Einen „staatserhaltenden Appell", wie die Abgeordnete formulierte, richtete sie an die Mehrheit des Esslinger Gemeinderates, die Lage neu zu überdenken. Die Liberalität in dieser Stadt stehe auf dem Prüfstand, erklärte Frau Nill. Auch SPD-Stadtrat Klaus Hummel kündigte an, daß seine Fraktion das Thema nicht ruhen lassen werde und im Nachtragshaushalt erneut einen Zuschußantrag stellen werde.

Ob das Zentrum Dieselstraße dann doch noch von der Stadt unterstützt wird, schon damit der Verein in den Genuß der Landesförderung kommt, erscheint fraglich. Der Vorwurf der CDU im Gemeinderat, daß im Zentrum auch Gegner der Volkszählung und andere „linke Gruppen" auftreten, wurde jetzt von der Jungen Union in Esslingen erhärtet. Sie will bei einer Veranstaltung Werbematerial von RAF-Sympathisanten ausgemacht haben.

Auszug aus: SPD-Landtagswahlprogramm 1988 (Entwurf v. 11.11.87)

VII. Kultur, Kunst und Sport

Unser Land und seine Menschen brauchen den Aufbruch in der Kulturpolitik

- durch eine politische Kultur des Dialogs und der Toleranz statt vordemokratischer Bevormundung und höfischer Selbstdarstellung,

- durch eine Förderung von Kunst und Kultur mit der Chance, daß diese eine eigenständige Gegenöffentlichkeit bilden können gegen konservative Privatisierungs- und Entmündigungsstrategien,

- durch die kontinuierliche öffentliche Förderung einer tragenden kulturellen Infrastruktur in Stadt und Land, statt sich in immer neue, teure, zentralistische und spektakuläre Großprojekte zu stürzen,

- durch die Förderung von Kunst und Kultur in der Breite wie in ihren avantgardistischen Spitzenleistungen,

- die die Aufhebung der Arbeitsteilung "aufklärerische Kunst für wenige, Brot und Spiele für viele" fordert,

- durch die gleichberechtigte Förderung traditioneller und soziokultureller Kulturarbeit,

- durch die Qualifizierung der Kulturschaffenden und Kulturvermittelnden für eine erneuernde und stetige Kulturarbeit auf allen Ebenen,

- durch die Förderung des Vereinswesens im Sport und anderen Bereichen kultureller Betätigungen, damit immer mehr Menschen ihr Leben selbstverantwortlich in die Hand nehmen können, d.h. ihre Welt erkennen, verstehen und zu verändern vermögen,

- Alternative Kulturinitiativen und -zentren sollen vom Land unterstützt werden. Wir wollen insbesondere, daß bei allen kulturellen Angeboten Mädchen ausreichend Raum und Gestaltungsmöglichkeiten geboten wird (z.B. Mädchentreffs, Theaterworkshops für Mädchen)

- jugendspezifische Beratungsstellungen und Angebote offener Jugendarbeit finanziell unterstützen (z.B. AIDS-Beratung, psychosoziale und Suchtberatung),

- durch die Förderung sozialen Wohnungsbaus auch Möglichkeiten für neue Formen des Zusammenlebens schaffen (z.B. WGs/angemessenen Wohnraum für Selbsthilfegruppen),

- Damit arbeitslose Jugendliche nicht von der Teilhabe an kulturellen Angeboten ausgeschlossen werden, werden wir Sozialpässe für arbeitslose Jugendliche zur kostenlosen Benutzung von allen kommunalen Freizeiteinrichtungen und ÖPNV vom Land finanziell unterstützen,

- damit Jugendarbeit von ihren zuständigen Trägern eigenständig und -verantwortlich ausgeübt werden kann, wollen wir die Gelder für den Landesjugendring erhöhen und die Jugendstiftung, auf deren Gelder kein Rechtsanspruch besteht, auflösen und deren Mittel dem Landesjugendplan zur Finanzierung von Jugendprojekten zuschlagen.

Um ein qualitatives Wachstum des Arbeitsmarktes Kultur zu ermöglichen.

1. Wir wollen

- die steigenden Einnahmen des Landes aus Toto-Lotto usw. voll für die Förderung von Kunst, Kultur und Sport einsetzen,

- uns weiter intensiv für ein kulturfreundliches Steuerrecht einsetzen, deshalb
  - darf die 7%-Ermäßigung in der Mehrwertbesteuerung von Büchern nicht angetastet werden (Erhalt der Lesekultur),
  - muß das Steuerrecht endlich der Eigeninitiative der Vereine entgegenkommen,
  - muß die Benachteiligung der soziokulturellen Initiativen bei der Besteuerung abgebaut werden.

2. Wir wollen

- allen Kindern eines Jahrgangs, in welcher Schule auch immer, die Chance der Begegnung, der Auseinandersetzung mit Kultur und der aktiven Teilnahme eröffnen,

- durch die Gleichberechtigung der künstlerischen Fächer mit den sog. Leistungsfächern,

- durch fächerübergreifende Projekte,

- durch Workshops mit Künstlern (Autoren, bildenden Künstlern, Theaterleuten, Musikern, Videokünstlern), (Arbeitsgemeinschaften dürfen keinesfalls Ersatz für fehlende Angebote im Pflichtunterricht sein. Ebensowenig darf Musik- und Kunstschulen die Aufgabe von Ersatzschulen zugeschoben werden),

- Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen den sozial zumutbaren Zugang zu Musik-, Kunst- und Volkshochschulen ermöglichen (Drittmittelfinanzierung durch das Land),

Zur Förderung der Kunst wollen wir:

- Die räumlichen, sächlichen und personellen Kapazitäten der Kunsthochschulen und Akademien ausbauen und nutzen für die Aus-, Fort- und Weiterbildung.

- Da neue Aufgaben neue Arbeit und neue Ausbildung bedeuten, wollen wir Kapazitäten für Erweiterungs- und Ausbaustudiengänge bereitstellen (Popularmusik, Design, Film/Video usw.) und die Kapazitäten der Pädagogischen Hochschulen einbeziehen für die Verwirklichung eines Qualifizierungskonzepts "Praxisnahe Kulturarbeit" durch Erweiterungs- und Aufbaustudiengänge (Darstellendes Spiel, Kulturelles Management usw.),

- künftige kommunale Kulturarbeit kreativer und treffsicherer machen,

- dem Bedarf an Kulturarbeitern in der Jugendarbeit, der Arbeit mit Senioren, mit Kranken, in den Volkshochschulen wie kommunalen Kinos oder soziokulturellen Initiativen gerecht werden.

3. Wir wollen die dezentrale Kulturförderung verstärken

durch die Förderung des Ausbaus der kulturellen Infrastruktur im ländlichen Raum wie in den Städten, über eine - bewährte - Mischfinanzierung bei Bildungs- und Kultureinrichtungen überörtlicher Bedeutung bzw. über eine Kulturpauschale des Landes zur freien Gestaltung durch die Gemeinden

- damit alle Bürgerinnen und Bürger Zugang haben zu den Bibliotheken/Mediotheken, Museen, Programmkinos, Soziokulturellen Initiativen, kulturtreibenden Vereinen,

- damit Räume angeboten wrden können für Künstler (Ateliers), für Workshops mit Schriftstellern, für Musikgruppen und Chöre, für Amateurtheatergruppen und gewerkschaftliche Kulturarbeit, für Spielgruppen und für Kulturcafes, Kulturwerkstätten usw.,

- durch die Förderung von Workshops und Kulturfesten in den Regionen,
  - wenn sie überörtliche Bedeutung haben,
  - wenn sie neue Wege in der Förderung zeitgenössischer Kunst oder der Kunstvermittlung gehen.

4. Wir wollen

- die ästhetische Gestaltung unserer Umwelt z.B. durch Aufträge für Kunst im öffentlichen Raum im weitesten Sinne (2%-Klausel) auch für Unterführungen, Brücken usw.,

- die Förderung der bildenden Künstler, Autoren, Komponisten, darstellenden Künstler beibehalten, wie sie derzeit gehandhabt wird, ihnen allerdings auf dem Feld der Kunstvermittlung zusätzliche Betätigungsmöglichkeiten anbieten,

- die Filmkultur in Baden-Württemberg aus ihrem unverdienten Aschenputtel-Dasein herausholen, durch einen Entwicklungsplan Film- und Kinokultur retten (Abspielförderung dann Produktionsförderung).

5. Wir wollen die kulturelle Teilhabe möglichst vieler Menschen erreichen

- durch Personalkostenzuschüsse für Werkstattarbeit, Projektarbeit usw., die Kultur als Prozeß erlebbar und erkennbar macht (z.B. in Geschichtsmuseen),

- durch die Förderung des Baden-Württemberg-Modells "Kunst-Abo für Arbeitnehmer" der DGB-Kulturgemeinschaft Stuttgart,

- durch Förderung von beispielhaften Aktionen zu Arbeitsthema "Kulturort Fabrik?", sich auf die Esslinger Aktion "Künstler in die Fabriken" stützen könnte,

- durch Stiftung eines Preises "Innovation für Kultur, Bildung und Gesellschaft",

- durch die Förderung der soziokulturellen Arbeit.

Das bedeutet, daß wir weniger in Großbauten investieren als in kulturelle Dienstleistungen.

6. Wir wollen
die Arbeit der Soziokulturellen Initiativen und Zentren im Lande anerkennen und fördern

- als Ort der experimentellen Erprobung und Aneignung neuer wie auch der Wiederbelebung verschütteter künstlerischer Ausdrucksformen,

- als Orte der kulturellen Vielfalt (alle Kultursparten können unter einem Dach sein) und der Kommunikation,

  als Orte, an denen immer von neuem versucht wird, Schwellenängste vieler Zeitgenossen gegenüber der Kunst abzubauen und genossenschaftlich zu arbeiten

durch Zuschüsse für Investitionen, Personal und Projekte, durch die Einbeziehung in kommunale Revitalisierungsprogramme, Weiterbildungs- und Filmförderung. Dies ist eine gemeinsame Aufgabe von Land und Kommunen. In strukturschwachen Regionen muß das Land gegebenenfalls einen höheren Anteil an der Finanzierung übernehmen.

7. Wir wollen

- die Bildungs- und Kulturarbeit in unseren Schulen und Hochschulen, in Lehrplänen und durch Projekte stärker als bisher für andere Kulturen öffnen und damit zugleich einen Beitrag zur inneren Friedensarbeit leisten (Verhältnis Deutsche-Ausländer, Nord-Süd-Frage, Ost-West-Verhältnis),

- den Austausch baden-württembergischer Kunststudenten mit Kunststudenten der DDR und einem osteuropäischen Land tatkräftig fördern,

GESELLSCHAFT
FÜR POLITISCHE ÖKOLOGIE
Baden-Württemberg e. V.

Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und sozio-kulturellen Zentren in Baden-Württemberg

Geschäftsstelle
LAKS Baden-Württemberg
c/o Eckard Holler
Herrenberger Str.15
7400 Tübingen
07071/43341

Bankverbindung:
Kreissparkasse Tübingen
(BLZ 64150020)
Konto-Nr. 455992

An die
Geschäftsstelle der
LAKS Baden-Württemberg
Herrenberger Str.15
7400 Tübingen

Anmeldung zur Tagung "Zweite Kultur und klassische Kunst" am 12./13.12.1987 in Tübingen

Name der Einrichtung:

Hiermit melden wir folgende Teilnehmer zur Tagung an:

	Vorname	Name	Adresse	Teilnahme am
1.				
2.				
3.				
4.				

Der Teilnehmerbeitrag beträgt

für 2 Tage (incl. 2x Frühstück, 1x Mittagessen, 1 Übernnachtung)	50.-DM
für 2 Tage ohne Übernachtung	40.-DM
für 1 Tag (incl. 1x Frühstück, 1x Mittagessen (Sa)	25.-DM

Wir haben den Gesamtteilnehmerbeitrag in Höhe von DM ..... auf das Konto-Nr.455 992 KSK Tübingen BLZ 641 500 20 überwiesen. Mit der Überweisung des Teilnehmerbeitrags wird die Anmeldung gültig. Wir haben zur Kenntnis genommen, daß im Falle einer Absage nach dem 5.12.87 eine Rückzahlung des Teilnehmerbeitrags nicht mehr möglich ist. Eine Übertragung auf eine andere Person ist möglich.

Es werden Übernachtungen für .... Personen benötigt.

....

Ort Datum Unterschrift

Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und sozio-kulturellen Zentren in Baden-Württemberg

Geschäftsstelle
LAKS Baden-Württemberg

GESELLSCHAFT
FÜR POLITISCHE ÖKOLOGIE
Baden-Württemberg e. V.

c/o Eckard Holler
Herrenberger Str.15
7400 Tübingen
Tel.07071/43341

Bankverbindung:
Kreissparkasse Tübingen
(BLZ 64150020)
Konto-Nr. 455992

Tübingen, 13.11.1987

Liebe Freunde in den Kulturinis,

die immer wieder verschobene Tagung "Zweite Kultur und klassische Kunst" , mit der die Diskussion über Kulturarbeit und Ästhetik fortgesetzt werden soll, die wir vor zwei Jahren begonnen haben, findet am

Sa/So, 12. - 13. Dezember 1987

in Tübingen statt. Sie ist gedacht für Mitarbeiter in den Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren in Baden-Württemberg, die mit der Entwicklung von kulturellen Programmen und künstlerischen Projekten zu tun haben.

Als Hauptreferenten wurde Prof. Thomas Metscher gewonnen, der an der Uni Bremen im Bereich Literaturwissenschaft (Schwerpunkt: Shakespeare), Kulturtheorie und Ästhetik tätig ist und sich in einer Vielzahl von Publikationen mit der Grundlegung des (marxistischen) Begriffs von erster und zweiter Kultur beschäftigt hat.

Literatur:

Thomas Metscher, Kunst-Kultur-Humanität, Verlag Atelier im Bauernhaus, Fischerhude 1982
ders., Der Friedensgedanke in der europäischen Literatur, Verlag Atelier im Bauernhaus, Fischerhude 1984

Wir haben Thomas Metscher gebeten, den Begriff der "zweiten" Kultur im Zusammenhang mit der Analyse klassischer Kunstwerke darzustellen, da wir den Eindruck haben, daß in der Praxis der alternativen Kultur die Beschäftigung mit der Bedeutung der klassischen Kunst immer wichtiger wird und die Diskussion darüber, ob in den soziokulturellen Zentren nicht auch Konzerte mit klassischer Musik (statt ausschließlich Pop und Jazz) und die Beschäftigung mit "klassischer" Dichtung (z.B. "Goethe für alle" von Lutz Görner) längst begonnen hat. Thomas Metscher wird im Verlauf der Tagung zwei Referate halten, wobei sich das eine stärker auf die theoretische Grundlage des Begriffs der "zweiten" Kultur richtet und das andere Referat die Anwendbarkeit des Begriffs auf einzelne Kunstwerke zeigt.

Um auch die praktischen Möglichkeiten zu diskutieren, sich in den Kulturzentren mit klassischer Kunst bzw. mit aktualisierten Formen davon zu beschäftigen, haben wir weitere Referenten eingeladen, die z.T. aber noch nicht endgültig zugesagt haben. Angefragt wurden Alexander Heisler (Zelt-Musik-Festival Freiburg), Martin Lütcke (Theaterhof Prießental), Albrecht Dümling (Brecht-Experte, Musikpublizist, Musiker), Dr.Diether Dehm (Musikproduzenz) und Prof. Wolf Fritz Haug (Argument-Verlag und Volksuni Berlin).

Ich hoffe, daß ich in 14 Tagen die endgültige Einladung verschicken kann.

Beginn der Tagung: Samstag, 12.12.87, 8.00 Uhr (mit einem gemeinsamen Frühstück)
Ende der Tagung: Sonntag, 13.12.87, 12.00 Uhr
Ort: Institut für Erziehungswissenschaft, Tübingen

Wir kümmern uns um Frühstück, Mittagsessen und Übernachtung und hoffen auf rege Beteiligung aus den Kulturinitiativen. Die Tagung ist auch für Interessenten offen.

gez. Eckard Holler

Tagung in Ulm

Kulturzentren spüren Stimmungsumschwung

„Es hat sich in den letzten Jahren einiges bewegt. Die Fronten sind nicht mehr verhärtet." Der SPD-Fraktionsvorsitzende Ivo Gönner hat im Ulmer Gemeinderat eine größer gewordene Aufgeschlossenheit gegenüber dem freien Kulturbereich ausgemacht. Im Grunde gehe es nicht mehr um die Frage: „Roxy" – ja oder nein? Sondern darum, wie an ein solches Projekt realistisch herangegangen werden kann.

Der Sozialdemokrat vertrat diese Ansicht bei einer Gesprächsrunde, die am Wochenende im EinsteinHaus den Abschluß eines Treffens der Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokultureller Zentren in Baden-Württemberg (LAKS) bildete. Die LAKS, der die „Roxy"-Initiative angehört, tagte auch an der Donau, „weil wir uns mit dafür einsetzen, daß ein solches Projekt auf dem Gelände der Oberen Donaubastion eingerichtet wird", so Eckard Holler vom Sprecherrat. Holler, der beim Tübinger „Club Voltaire" tätig ist, und Ekkehard Ensslen vom „Theaterhaus" in Stuttgart-Wangen, berichteten vom langen Marsch durch die Institutionen, nachdem es für solche Kultureinrichtungen mittlerweile Initiativen in allen großen baden-württembergischen Städten gebe. Immerhin hat Holler im Stuttgarter Landtag „Signale" ausgemacht, einen Stimmungsumschwung: Im laufenden Etat bewilligte die CDU-Mehrheit erstmals einen von SPD, FDP und Grünen schon länger geforderten Zuschuß. Die 500 000 DM seien angesichts der Leistungen freilich kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Der Vertreter einer Freiburger Kulturinitiative meinte, die freie Kulturszene sollte ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen. Die Kommunalpolitiker müßten ständig mit der Frage konfrontiert werden, „was es einer Stadt wert ist, wenn sie einem Verein 300 000 DM Zuschuß gibt und dafür ein zusätzliches Haus für Kultur bekommt".

Die in Ulm immer wieder einmal ausgiebig diskutierte Frage, ob ein solches Haus überhaupt wünschenswert ist, warfen Klaus Dilger vom Ballett-Zentrum „dans arts" und Heinz Koch, Journalist und westentaschen-Schauspieler, auf. Dilger sprach von einem zunehmenden Mißtrauen der freien, professionell in Ulm tätigen Kulturschaffenden gegenüber einer zentralen Einrichtung wie „Roxy", die die Arbeit derer gefährden könne, die damit ihr Brot verdienen. Tänzer Dilger hatte sich bei Holler und LAKS-Sprecher Gerhard Baral damit auf rutschiges Parkett begeben. „Kleingeisterei und Borniertheit" müßten überwunden werden, meinte Holler. Und Baral berichtete von gerade gegensätzlichen Erfahrungen aus anderen Städten, wo zentrale Häuser wie ein Puls gewirkt hätten – mit Schubwirkungen in alle Kulturbereiche hinein. Ensslen: Der deutsche Jazz hätte ohne Auftrittsmöglichkeiten in freien Kulturzentren in den siebziger Jahren nicht überlebt.

Der Vorsitzende des Stadtjugendrings, Andreas Werther, schließlich wurde deutlich: Handfeste finanzielle Interessen und gekränkte Eitelkeiten steckten hinter der Kritik an „Roxy" und am Kulturzelt, auf dessen Bühne von Ende Mai an am Rande der Friedrichsau national und international renommierte Künstler gleich reihenweise aufmarschieren. Peter Langer („Roxy") schließlich beendete die enge Ulmer Diskussion („Ein Widerspruch zwischen freier Szenze und ‚Roxy' besteht nicht"), nachdem die Auswärtigen zum Aufbruch geblasen hatten.

Nicht ohne daß Ivo Gönner die Zusage für eine Liste über bereits laufende soziokulturelle Zentren und Finanzmodelle erhalten hätte. Sozusagen Habhaftes für Kommunalpolitiker. hut

Ehemalige Paulskirche Kulturzentrum?

Kulturausschuß votiert dafür – Diskussion um Rauchverbot

kol. Der Schaffung eines alternativen Kulturzentrums in der ehemaligen Paulskirche hat jetzt der Kulturausschuß grundsätzlich zugestimmt. Nun sollen weitere Verhandlungen mit der Initiative „K 9" über ein detailliertes Konzept geführt werden. Der von den Fraktionen der SPD und der Freien Wähler eingebrachte Antrag wurde mit acht Stimmen angenommen. Bürgermeister Dr. Hans und die CDU-Fraktion enthielten sich der Stimme.

Eigentlich sollte in der jüngsten Sitzung des Kulturausschusses nur über den neuesten Stand der Verhandlungen zum Thema Unterbringung der „K 9" in der ehemaligen Paulskirche informiert werden. Für die Verwaltung konnte Waltraud Liebl berichten, daß vom Landesdenkmalamt die Zustimmung der Nutzung des historischen Kirchenschiffes mit der wertvollen Stuckdecke gegeben worden sei, wenn in den Mietvertrag das Rauchverbot aufgenommen werde und auch darin enthalten sei, daß Schadenersatz geltend gemacht werde, sollte dieses Rauchverbot nicht eingehalten werden.

Die Information allerdings war SPD und Freien Wählern nicht genug. In einem gemeinsamen Antrag drängten sie auf einen Grundsatzbeschluß des Ausschusses, damit, so die Begründung von Jürgen Leipold (SPD), der Ausschuß endlich mal sage, ob er das so wolle oder nicht. Ähnlich drängend sah das Problem auch Dr. Ulrich Leiner (FWG), der wortreich eine Lanze brach für die alternative Kultur, die ebenfalls zum kulturellen Angebot in dieser Stadt gehöre. Allerdings schränkte der Fraktionschef der Freien Wähler ein, daß mit dem Grundsatzbeschluß ja noch nicht gesagt sei, daß die „K 9" auch wirklich zum Zuge komme. Dazu müßten erst alle noch offenen Fragen geklärt sein.

Und davon, gibt es eine ganze Reihe, so ergab die Information durch den Leiter der Sanierungsstelle im Baudezernat, Hartmut Rohloff. So hat die „K 9" bereits als Voraussetzung für das Nichtrauchen eine Anzahl von Forderungen für eine Nutzung der Paulskirche gestellt. Die Initiative will unter anderem eine uneingeschränkte Innenhofbereichsnutzung, außerdem die angrenzenden Räume des Erdgeschossess sowie das Obergeschoß des ehemaligen Paulshofes ebenfalls nutzen und noch das Dach der Kirche ausbauen. Auch wird die Ablösung der Stellplätze durch die Stadt gefordert.

Man will, so macht die „K 9" in einem Schreiben an das Baudezernat deutlich, „die Einschränkungen durch ein Rauchverbot . . . ohne gravierende Bedenken akzeptieren und tragen", unter der Voraussetzung, daß die weiteren Wünsche Bestandteil eines Nutzungsvertrages seien „und die weiteren Einzelheiten zur Zufriedenheit beider Seiten geregelt werden", heißt es in dem Schreiben. Da jedoch insgesamt derzeit noch zu wenig Kenntnis über den tatsächlichen baulichen Zustand des Kulturdenkmals Paulskirche vorliege, so Rohloff im Kulturausschuß, könnte jetzt über diese Punkte noch nichts gesagt werden. Erst seit Anfang dieses Monats nämlich ist die Stadt berechtigt, das Gebäude zu betreten.

Die ungeklärten Fragen sowie das Fehlen einer Finanzierungsplanung waren für die CDU-Fraktion Gründe, sich dem Grundsatzbeschluß nicht anzuschließen. Die entscheidende Frage sei doch „Was verträgt die Paulskirche", so Stadtrat Keller-Uhl, und diese Frage müsse zunächst geklärt werden. Auch müsse im Auge behalten werden, daß der Gemeinderat die Eröffnung anderer Gaststätten im Altstadtbereich mit dem Hinweis auf fehlende Stellplätze verhindert habe, man also hier nicht das Gegenteil beschließen könne. Und schließlich wollte Fraktionsvorsitzender Müller-Fehrenbach geklärt haben, wer denn dann bei Tag und bei Nacht kontrollieren werde, daß das Rauchverbot auch eingehalten wird. „Das ist doch nicht lebensnah."

Den Freien Wählern warfen die Christdemokraten vor, daß sie sonst bei allem und jedem zunächst auf die städtischen Finanzen verweisen, aber in diesem Fall Geld offenbar keine Rolle spiele. Man wolle schließlich zunächst einmal wissen, was durch einen solchen Beschluß auf die Stadt zukomme. Während von der Koalition SPD-Freie Wähler erklärt wurde, daß dies die Stadt doch überhaupt nichts kosten werde, war Grünen-Stadtrat Christoph Hahn mit der Bemerkung zu vernehmen: „50 000 Mark kann das schon kosten", aber vielleicht, so korrigierte der Grünen-Stadtrat sich dann auf Zuruf, koste es auch gar nichts. rk

oben:
Südwestpresse (Ulm)
v. 7.4.1987
unten:
Südkurier (Konstanz) v.
12.9.1987

Ja zum Zelt-Musik-Festival

Finanzausschuß bewilligt für 1987 100 000 Mark Zuschuß

Badische Zeitung (Freiburg) v. 10.3.87

Nach längerer Diskussion bewilligte der Verwaltungs- und Finanzausschuß gestern für den Zelt-Musik-Festival-Verein einen Zuschuß von 100 000 Mark, der in diesem Jahr diese „kulturelle Aktivität" in ihrem Bestand sichern soll. Der Zuschuß von 120 000 Mark für das Jahr 1988 wurde mit einem Sperrvermerk versehen, der den Sinn hat, daß bis dahin noch einmal über den Standort des Festivals im Mundenhofgelände beraten werden soll.

Die Stadtverwaltung und der Gemeinderat würdigten bei der Sitzung das Zelt-Musik-Festival als Bereicherung des kulturellen Angebots. Die Verwaltung allerdings wollte aus finanziellen Gründen lediglich einen Zuschuß von 60 000 Mark für 1987 und 80 000 Mark für 1988 bewilligen. Die Mehrheit des Ausschusses vertrat die Auffassung, daß diese Beträge nicht ausreichten, um diese Veranstaltung zu sichern. Die genehmigten Zuschüsse bleiben auch damit erheblich unter dem vom Veranstalter beantragten Betrag von 180 000 bis 250 000 Mark.

Die Grünen-Stadträte Heinrich Breit und Peter Heller erklärten, sie würden in ihrer Zustimmung eine Kompromißlösung sehen; allerdings müsse über die Standortfrage nochmals diskutiert werden. Baubürgermeister Sven von Ungern-Sternberg sagte, andere Standorte, etwa der Seepark oder der Eschholzpark, seien politisch nicht durchsetzbar wegen der Belästigung der Anlieger. Stadtrat Thomas Landsberg vertrat die Auffassung, Anlieger müßten im Interesse der Gesamtstadt auch ein 14tägiges Festival hinnehmen. „Wenn ich Veranstalter des Festivals wäre und mit dem Gemeinderat zu tun hätte, wäre ich schon wahnsinnig geworden", sagte der Stadtrat zu der erneuten Standortdiskussion.

Bürgermeister Hans Evers wies darauf hin, daß der Veranstalter nur planen könne, wenn er mit einem festgeschriebenen Zuschuß rechnen könne; dem Vorschlag folgten die Stadträte nicht.

Ebenfalls entgegen der Verwaltungsmeinung wurde auch ein höherer Zuschuß, nämlich 10 000 Mark, für das Kleine Haus für Weltmusik bewilligt. Die Stadt hatte den Betrag von 5000 Mark vorgeschlagen. hdp.

Erhöhung gilt vorerst nur 1987 – Antrag über 5000 DM fällt durch

1000 DM mehr: Stadt fördert die FVA in diesem Jahr mit insgesamt 4000 DM

Schwäbische Zeitung, Wangen 11. März 1987

Die Freie Volkshochschule Argental e. V. (FVA), die ihren Sitz in Neuravensburg hat und seit mehreren Jahren ergänzend zur Volkshochschule (vhs) erfolgreich in der Erwachsenenbildung tätig ist, erhält für dieses Jahr von der Stadt Wangen für ihre Arbeit eine Förderung in Höhe von zusammen 4000 DM. Dieser Betrag liegt um 1000 DM über der letztjährigen Förderung und versteht sich als eine Art Sonderzuschuß, nachdem im Herbst 1986 die Finanzierung von FVA-Geschäftsführer Rainer Rappmann über die ABM-Maßnahme abgelaufen ist. Verwaltung und Gemeinderat machten am Montag allerdings deutlich, daß die Zuschußerhöhung vorerst nur für 1987 gilt. Dies auch deshalb, weil noch im Verlauf dieses Jahres die vhs Wangen grundlegend neu organisiert werden soll. Neben der Ausweitung ihres bisherigen Angebots wird dabei auch an die Einstellung eines hauptamtlichen Leiters gedacht.

Bürgermeister Gerd Locher anerkannte einleitend die Arbeit der Freien Volkshochschule Argental. Ihre Veranstaltungen – allein 1986 waren es 31 – hätten das kulturelle Angebot in der Stadt Wangen ergänzt und verlebendigt. Nicht zuletzt deshalb, aber auch nach dem Ablauf der ABM-Maßnahme, sei die Stadt für 1987 bereit, über den Grundbetrag von 3000 DM hinaus zusätzlich 1000 DM als einmalige Förderung zu gewähren. Locher betonte, daß die Stadt ihre Anerkennung gegenüber der guten Arbeit der FVA auch auf diese Weise zum Ausdruck bringen wolle.

Stadtrat Günter Höch ging weiter. Er machte sich für eine Förderung der FVA in diesem Jahr mit genau 5000 DM stark. Er begründete seinen Vorschlag einerseits mit der guten Arbeit und andererseits mit der schwierigen Situation, in der sich die FVA nach Auslauf der ABM-Maßnahme nun befindet. „Wenn wir jetzt 5000 DM geben, dann haben wir eine Geste gezeigt und gleichzeitig unsere Ruhe", verdeutlichte er seine Überlegungen. Dabei plädierte er grundsätzlich dafür, daß in einer „pluralistischen Gesellschaft wie der unsrigen" auch andere Richtungen akzeptiert werden sollten. Er appellierte an das Gremium, in die Entscheidung auch die veränderte Ausgangsbasis der Freien Volkshochschule gegenüber dem Vorjahr mit einzubeziehen und hielt es grundsätzlich für richtig, „jemanden, der etwas für die Allgemeinheit tut, fair zu behandeln". Dies wünschte übrigens auch Stadtrat Siegfried Spangenberg. Er betonte in seiner Wortmeldung die Andersartigkeit der FVA und ihrer Arbeit z. B. im Vergleich zur Volkshochschule und meinte, daß sich mit dieser Andersartigkeit auch die „andere Förderung" für die FVA begründe.

Dies allerdings wird von den Fraktionen der Freien Wählervereinigung und der CDU anders gesehen. Während Stadtrat Erwin Dingler unter Hinweis auf die Haushaltssituation 1987 gerade noch bereit war, die vorgeschlagene 4000-DM-Förderung zu schlukken – „5000 DM sind für uns vollkommen indiskutabel" – lehnte Stadtrat Peter Rehfuss namens der FWV eine Erhöhung der Förderung für die FVA über den Grundbetrag von 3000 DM aus grundsätzlichen Erwägungen heraus kategorisch ab. „Wo kommen wir denn hin, wenn wir überall bei Zuschüssen so verfahren", kritisierte Dingler und merkte an: „Dann stimmt am Ende der Haushaltsplan überhaupt nicht mehr". Außerdem erinnerte Dingler auch an die anstehenden Veränderungen innerhalb der Volkshochschule; es sei für die Zukunft gut möglich, daß sie künftig einen Großteil des Angebots, das heute noch von der FVA erbracht wird, selbst abdecke.

Speziell diese Überlegung war auch für Stadtrat Josef Dreier mit ausschlaggebend dafür, es zunächst bei einem Zuschuß von 4000 DM zu belassen und die weitere Entwicklung abzuwarten. Im übrigen anerkannte auch er die Arbeit der Freien Volkshochschule Argental; sie sei unabhängig vom inhaltlichen Angebot in jedem Falle unterstützungswert. Die Stadt habe sich hier in der Vergangenheit nie gesperrt und über die finanzielle Förderung hinaus durch die kostenlose Überlassung der verschiedenen Räumlichkeiten für die diversen FVA-Veranstaltungen zusätzliche Leistungen erbracht, die in den Fördersummen von 3000 DM bzw. 4000 DM in diesem Jahr nicht mit enthalten seien. „Dies sollte niemand vergessen".

Stadtrat Wolfgang Unfug von der GOL-Fraktion sah das ganze indes ein wenig anders. Er meinte, eine Stadt, die den Vereinsheimbau der „Argentaler" fördere, die Neuanschaffung von Trachten bezuschusse und für den Kauf von zwei Böllern 8000 DM zur Verfügung stelle, müßte sich auch gegenüber einer Einrichtung wie der FVA in der Verpflichtung fühlen. „Für mich ist das irgendwo alles miteinander vergleichbar", sagte er und rief damit Bürgermeister Gerd Locher auf den Plan. Der stellte fest: „Was Sie da machen, ist dies: Sie vergleichen Äpfel mit Birnen. Und das geht nunmal nicht".

Die – allerdings nur knappe – Mehrheit des Gemeinderates sah dies wohl ebenso und bewilligte schlußendlich der FVA für 1987 einen Zuschuß, der mit 4000 DM um 1000 DM über dem des Vorjahres liegt. hdb

Leistungen der „alternativen Kultur" endlich begriffen:

Finanzhilfen für soziokulturelle Zentren

Minister Möllemann und Staatssekretär Kleinert erstmals bei einem Symposium

NAGOLD/TÜBINGEN. Die ab Ende der 60er Jahre entstandenen Initiativen für eine „alternative Kultur" führten 1979 zur Gründung einer „Bundesvereinigung soziokultureller Zentren" als Dachverband. Dem haben sich bislang 120 der größten und aktivsten Zentren angeschlossen, stellvertretend für vielhundert lokale Gruppierungen, die an derem Kulturangebot partizipieren. Seit 1979 wird um eine „öffentliche Anerkennung" und finanzielle Unterstützung dieser Szenerie gestritten, die sich inzwischen auch zu einem beachtlichen Wirtschaftsfaktor gemausert hat.

Jetzt endlich gab es im Rahmen eines Symposiums in Tübingen erstmals konkrete politische Ergebnisse: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Jügen W. Möllemann, verkündete die Einrichtung eines Fonds mit einer Million Mark Einlage pro Jahr für Projektförderungen. Bereits im Herbst 1986 wurden 250 000 Mark für ein Forschungsprojekt „Empirische Untersuchungen" zur Verfügung gestellt; erste, überraschende Teilergebnisse waren in Tübingen schon zu erfahren.

Möllemann sagte zugleich eine „steuerlich sachgerechte Behandlung aller kulturellen Einrichtungen" zu, denn ein kulturfreundliches Steuerrecht betrachte er nicht als Subvention, sondern „ als Investition in die Zukunft". Existenzgründungs- und Förderungprogramme müßten auch auf eine „freie Kulturarbeit" ausgedehnt werden. In zehn Thesen formulierte er Vorstellungen zur Zusammenarbeit.

Sein Tübinger Auftritt wurde provokant durch ein studentischen Bläserensemble und der Fachschaft Physik einer „Ernst-Bloch-Universität" mit dem alemannischen Narrenmarsch und anderen fürchterlichen falschen Tönen ständig gestört. Der als „Mümmelmann" in einem Flugblatt Karikierte nahms mit einiger Gelassenheit hin.

Geradezu enttäuscht war dann sein Nachredner, Staatssekretär Matthias Kleinert, daß ihm solche Tonkaskaden nicht zuteil wurden – wohl indiskutabel für die Studenten? Er verkündete, die Landesregierung sei zur Kooperation mit den soziokulterellen Zentren bereit und habe dafür jeweils 500 000 Mark in den Haushaltsplänen für 1987 und 1988 ausgewiesen. Er mußte sich aber von dem rhetorisch gewandten Kulturdezernenten Dr. Hermann Glaser sagen lassen, daß die Stadt Nürnberg mehr als das Doppelte jährlich in das Komm-Zentrum investiere. In die gleiche Kerbe hieb Dani Pendorf mit dem Hinweis, daß die Zentren in Kiel und Lübeck jeweils 1,3 Millionen Zuschüsse jährlich erhalten.

Auf Protest stieß Kleinerts Bemerkung, daß ein Zentrum erst nach „fünfjähriger Bewährungsfrist" als zuschußwürdig anerkannt und dem Vorstand der „Landesarbeitsgemeinschaft" (LAKS) nur eine beratende Funktion zugestanden wird. Die Forderung der 31 in dieser LAKS organisierten Zentren nach einem Zuschußbedarf von 30 Millionen, abzüglich der sehr unterschiedlichen kommunalen Zuwendungen, hielt Kleinert für indiskutabel.

Gerhard Baral (Pforzheim) begründete diesen Bedarf in einer „Tübinger Erklärung zur Soziokultur" mit Kauf, Miete, Renovierung, Um- und Ausbau geeigneter Gebäude, Inventarausstattung, Hilfen für künstlerische, pädagogische und soziale Programme sowie für Personalkosten. Die Zentren haben nämlich längst eine Arbeitgeber-Funktion übernommen für haupt- und nebenberufliche Mitarbeiter gefordert.

Die „Kulturpolitische Gesellschaft" (Sitz Hagen), die das Symposium mitgestaltete, und deren Präsident Dr. Olaf Schwencke (Direktor der Loccumer Akademie) unterstützt nachhaltig die Forderungen der Zentren. Die angekündigte Steuerreform „geht ans Mark des kommunalen Kulturlebens, das darf nicht hingenommen werden" gab Schwencke Jürgen Möllemann (1979 Mitgründer der KuPoGe) mit auf den Heimweg, der dann laut darüber nachdachte, mehr private Mittel zusätzlich zu den öffentlichen Ausgaben „für die kulturelle Entwicklung unserer Gesellschaft" zu gewinnen, weil „Private schneller und innovativer auf kulturelle Herausforderungen reagieren als Bürokraten"!

In drei Arbeitskreisen Kultur-Bildung-Gesellschaft gab es Referate und „kritische Hinterfragungen" über Standortbestimmungen und -definitionen, denn kein anderer kultureller Verband hat ein so breitgefächertes Spektrum von Aufgabenstellungen zu bewältigen.

★

Der am Nagolder OHG lehrende Eckard Holler, dem die Organisation des Symposiums aufgetragen war, hat währenddem aufgrund wochenlang anhaltender Querelen seinen Rücktritt als Vorsitzender des Tübinger „Club Voltaire" erklärt. Gerichtliche Nachspiele scheinen wohl unvermeidbar. Walter Schwenninger wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt. Der Club hat sich nun in zwei Lager gespaltet, wobei Holler weiterhin für die Geschäftsführung der LAKS verantwortlich zeichnet

Ob eine Fortsetzung der von Holler seit 1975 organisierten „Tübinger Festivals" möglich ist und in welcher Form, bleibt abzuwarten. Zuunächst müssen Wege gefunden werden, das 86 000 Mark Defezit vom Festival im Juni zu tilgen. Der Handels- und Gewerbeverein Tübingen hat bereits seine Mithilfe angekündigt!

Werner Zintgraf

Die Sozio-Kultur fordert Anerkennung

Bundesvereinigung tagt in Tübingen – Bildungsminister sagt Unterstützung zu

TÜBINGEN (lsw). Die sozio-kulturellen Zentren in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten seit etwa 15 Jahren mit großem persönlichem Einsatz und vielerorts mit nur geringer finanzieller Unterstützung. Wie auf einem Symposium der Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren unter dem Motto „Sozio-Kultur – Innovationen für Kultur, Bildung und Gesellschaft" in Tübingen bekannt wurde, machen etwa fünf Millionen Besucher jährlich von den mehr als 120 multifunktionalen Struktur- und Kommunikationseinrichtungen Gebrauch. Die Veranstaltung galt als Bestandteil eines vom Bildungsministerium gestarteten Forschungsprojekts zur Berufsfelderweiterung und zum Qualifikationsbedarf in der praxisnahen Kulturarbeit.

Unter anderem bezog Bundesbildungsminister Jürgen W. Möllemann Stellung. Er erkannte an, daß sozio-kulturelle Zentren sich als weitgefaßtes Praxisfeld einer neuen breiten Kulturarbeit in unserer Gesellschaft durchgesetzt hätten. Sie könnten als Beispiele für die Aufhebung der Trennung von Bildung und Kultur und der Trennung von Kunst und Alltag stehen. Da die Finanzierung der freien Kulturarbeit den Gemeinden und nicht dem Bund zufällt, appellierte der FDP-Politiker an die verantwortlichen Kulturpolitiker, die Sozio-Kultur zu stärken. Für den vielfach geäußerten Verdacht, politisch unliebsame sozio-kulturelle Einrichtungen würden mittels Sparmaßnahmen „auf dem kalten Weg hingerichtet, wie es ein Vorstandsmitglied drastisch formulierte", bemerkte Möllemann, der Politiker habe sich in der inhaltlichen Beurteilung kultureller Praxis zurückzuhalten.

Ferner versicherte er, sich für die Förderung eines bereits als Verein bestehenden Sozio-Kulturfonds einzusetzen und verwies weiter auf ein vom Deutschen Kulturrat vorgelegtes Memorandum „kulturfreundliches Steuerrecht", das es zu prüfen gelte.

In Referaten und Arbeitsgruppen wurden das Selbstverständnis von sozio-kulturellen Einrichtungen und ihre Zielsetzungen erörtert. Die Zentren dienten der Unterstützung und Förderung neuer kultureller Formen und Tendenzen, des künstlerischen Nachwuchses im Bereich Theater, Musik, Literatur, Kunst und der Heranführung breiter Bevölkerungsschichten an eine aktive Beteiligung am kulturellen Leben, im Gegensatz zu einem „konsum- und unterhaltungsorientierten Kulturverständnis", betonte der ehemalige Kulturamtsleiter der Stadt Osnabrück, Reinhard Richter. Er verglich die Sozio-Kultur mit einem „Hecht im Karpfenteich", der die teilweise bieder schwimmenden Karpfen aufscheuche; damit definierte er Kulturarbeit als ständigen Lernprozeß, die Sozio-Kultur als gesellschaftliche Notwendigkeit, die einer adäquaten Förderung bedürfe.

oben:
Kreisnachrichten Calw
v. 17.10.87
unten:
Stuttgarter Zeitung
v. 12.10.87

Reutlinger Generalanzeiler v. 8.10.87

Versöhnung mit der »Szene«

Alternative Kultur in Freiburg erhält doch eine Bleibe

Freiburg. (lsw) Die Stadt Freiburg bleibt bei ihrer Absicht, alternativen Kulturgruppen in einem Sanierungsgebiet eine Spiel- und Kommunikationsstätte zur Verfügung zu stellen. Dagegen gerichtete Anträge wurden vom Gemeinderat am Dienstagabend mit knapper Mehrheit verworfen.

Das von der Stadtverwaltung der Breisgaumetropole nachdrücklich betriebene Projekt gilt im Blick auf die »Szene« als ein »Versuch zur Zusammenarbeit und Versöhnung«.

Kulturbürgermeister Hans Evers (CDU) hatte in der Debatte festgestellt, daß das alternative Kulturangebot in Freiburg im Jahr von etwa 50 000 zahlenden Besuchern genutzt werde. Diese seien Bürger der Stadt und kämen »nicht aus dem Reich des Bösen«.

Schwere Ausschreitungen der Hausbesetzerszene mit zahlreichen verletzten Polizisten und hohen Sachschäden an und nach Pfingsten hatten CDU und Freie Wähler veranlaßt, sich gegen die weitere Verfolgung von Plänen zum Ausbau einer ehemaligen Fabrikhalle zu wenden, die einem »Arbeitskreis Alternative Kultur« zur ständigen Nutzung überlassen werden soll. Die dagegen geäußerten Befürchtungen, daß sich daraus ein Zentrum für konspirative Zusammenkünfte entwickeln könnte, werden von der Stadtverwaltung nicht geteilt.

«Freiburg liegt um Jahre zurück»

Der «Arbeitskreis Alternative Kultur» (AAK) will Träger des geplanten Kulturzentrums in der Giessereihalle werden. Die BaZ sprach mit Atai Keller, dem Sprecher des AAK.

Atai Keller.

Foto Rita Weber

Herrscht beim AAK jetzt Erleichterung, dass sowohl das grundsätzliche Nein der CDU zum Kulturzentrum wie auch das restriktive Autonomiestatut der Verwaltung zunächst mal vom Tisch sind? Gibt es Chancen für einen Kompromiss über das Selbstverwaltungsmodell?

Erleichterung herrscht insofern, als erst einmal die Abrissvorhaben auf dem Gelände vom Tisch sind. Verbitterung darüber, dass die Stadt uns immer noch nicht als ganz normale Verhandlungspartner behandelt. Wir sind kompromissbereit, so weit es unser Konzept zulässt.

Wie sehen in anderen Städten die Selbstverwaltungskonzepte für solche Treffpunkte aus?

In Norddeutschland gibt es schon seit rund 10 Jahren solche Kulturhäuser, etwa in Osnabrück, Bremen, Kiel und anderswo, die alle in Selbstverwaltung funktionieren. Freiburg liegt hier um Jahre zurück.

Freiburg hat für eine Stadt dieser Grössenordnung sehr viele alternative Kulturgruppen. Gibt es genauere Zahlen?

Es gibt in diesem Bereich etwa 80 Gruppen und Einzelkünstler, die frei arbeiten, rund die Hälfte ist im AAK organisiert. Das Spannende dabei ist, dass alles im Fluss ist. Morgen können es schon wieder andere sein.

Wie politisch soll das Kulturangebot in dem neuen Zentrum sein? Wird es ein «linkes» Programm sein, wie weit reicht der Pluralismus? Oder geht es um Feste?

Das Kulturhaus im «Grün» wird primär ein Zentrum sein, in dem wir Gegenöffentlichkeit herstellen möchten. Kritische Kultur soll einer städtischen Angebotskultur entgegengesetzt werden. Die Stadt lässt sich kulturell doch nur vom Geldbeutel leiten. Wie sollen diese Bürokraten auch Phantasie entwickeln? Mehrere tausend Teilnehmer bei zahlreichen Veranstaltungen in der Giessereihalle während einer vorübergehenden Zwischennutzung sind der Beweis dafür, dass auch ein kritisches Programm pluralistisch sein kann. Im übrigen bin ich der letzte, der nicht auch gerne ein Fest feiern würde.

«Alternativ», das heisst im weitesten Sinne gesellschaftskritisch: Nicht wenige kulturelle Gruppen engagieren sich auch im Umfeld von Hausbesetzern, Friedens- oder Öko-Initiativen in der Region und stellen sich zudem oft gegen die Politik im Freiburger Rathaus. Jetzt will man viel Geld von der Stadt für die Giessereihalle. Passt das zusammen?

Es kann sich doch hier nur um die Aneignung von gesellschaftlichem Reichtum handeln. Insofern ist der Schritt voll in Ordnung. Schliesslich wird die staatliche Kultur seit Jahren massiv subventioniert und durch weitere Glaspaläste ausgebaut. Da ist es nur recht und billig, vor allem billig, wenn die alternative Kultur mit Summen subventioniert wird, die nur wenige Prozent von den Mitteln ausmachen, die das Stadttheater oder ähnliche Einrichtungen erhalten.

Lässt sich der AAK mit der Subvention nicht den politischen Biss abkaufen?

Ich habe keine Sorge, dass wir uns in politische Farblosigkeit verlieren.

Interview: Karl-Otto Sattler

Basler Zeitung v. 17.2.1987

8. Christoph Peichl organisiert für den LV der Grünen einen Kulturwahlkampf zu den Landtagswahlenam 20.3.88. Folgende Gruppen können über ihn für wahlkampfbezogene Konzerte und Veranstaltungen gebucht werden: Rote Grütze (nur:7.3.88), Kleine Tierschau, D.Thomas & H.v.Sydow (Frankfurter Fronttheater), Bernhard Hurm & Uwe Zellmer, Erich Fried, Lilly Walden, Wellküren, Grachmusikoff, Ralf Illenberger & Büdi Siebert, Knobi Bonbon, Grupo Sal. Für Rückfragen steht Christoph zur Verfügung (Tel.0711/610661).

9. Die südbadische CDU (Bezirksvorsitzender Erwin Teufel) hat im Oktober 1987 mit dem Entwurf einer "Kultur-Charta" ein 46-Seiten-starkes kulturpolitisches Grundsatzpapier vorgelegt. Das Papier geht von einem "Menschenrecht auf Bildung und Kultur" aus und rechnet mit einer steigenden Bedeutung der Kulturpolitik für Gesellschaft, Staat und Wirtschaft. Die südbadische CDU will "Kultur nicht einengend definieren, sondern für ein umfassendes Kulturverständnis eintreten." Im Rahmen der Kulturfreiheit und der Pluralität kultureller Ausdrucksformen bejaht die Partei auch Erscheinungen und Beiträge in der heutigen Gesellschaft, die manche vielleicht gering schätzen oder ablehnen mögen."(Schwarzwälder Bote v. 13.10.87).

10. In Horb gab es am 31.5.87 eine Beratung zur Frage der "grünen" Stiftung, zu der auch die LAKS Baden-Württemberg eingeladen worden war. Helmut Loschko war als LAKS-Vertreter dort. In seinem Bericht über das Treffen schreibt er u.a.:
"Nach einem kurzen historischen Abriß von Rüdiger Diez zur Entstehung und Entwicklung von parteinahen Stiftungen erläuterte Wolfgang Schwegler-Romeis Ziele, Aufgaben und Kriterien der GrünNahenStiftung(GNS). Ziele: Demokratisierung des Bewußtseins, Emanzipation, Neue politische Kultur, Konflikt- und Konsensfähigkeit. Aufgaben einer Stiftung: Förderung von selbstbestimmten Basisinitiativen, Sensibilisierung für die Bedrohung unserer Lebensgrundlagen, (Informations-)Vermittlung, Verstetigung grün-alternativer Kultur, Entscheidungshilfen für die Praxis erarbeiten. Kriterien einer solchen Stiftung: Unabhängigkeit von der Partei, Parteinähe, Basis und Bewegungsnähe, Transparenz, Förderativer Aufbau, Fachkompetenz, Gleichberechtigung, Autonomie, Offenheit, Vernetzung, Kooperation, Innovationsfähigkeit. ...
Ein Diskussionsschwerpunkt war die Ansiedlung der Entscheidungsebene innerhalb der Stiftung. Die "Böll-Initiative" sieht eine Ansiedlung auf der Bundesebene für die Vergabe und Organisation der Stiftung, das Stuttgarter Modell der Stiftungskommission hingegen auf der Landesebene. Damit soll stärker auf länderspezifische Wünsche und Erwartungen eingegangen werden können. Es soll die Möglichkeit bestehen, daß Länder individuelle Förderung vornehmen können. Ganz klar konnte der Einfluß der Partei DIE GRÜNEN nicht definiert werden. Sicher ist, daß der Topf (z.B. die Hans-Seidel-Stiftung der CSU hatte 1985 57 Mill.Mark) fast zu 2/3 für Dritte-Welt-Projekte und Bildungsarbeit vorbestimmt ist. Es stellte sich die Frage, wie weit mit dem Rest "gekleckert" (auf alle Inis ein bißle verteilen) oder eher gezielt "geklotzt" werden soll.
Sicher ist, daß Stiftungsmittel nicht für irgendwelche wirtschaftlichen Defizite von Projekten verwendet werden können, sondern ausschließlich für Bildungsarbeit. Der Einfluß "unabhängiger, über der Sache stehender Promis" scheint in der Mehrheit nicht so erwünscht. Uschi Eid betont allerdings, daß sie die "Böll-Initiative" als Diskussionsvorschlag versteht und daß es bei der Partei liegt, für welches konkrete Modell sie sich entscheidet. Über die Notwendigkeit des Einflusses von Initiativen gab es keinen Zweifel. Allerdings in welchem Umfang erscheint noch unklar. Ebenso wurde nicht mehr darüber diskutiert, ob eine grüne Stiftung überhaupt sinnvoll ist. Hier scheinen kaum mehr Gegenstimmen da zu sein."

11. Als Vorläufer (?) einer grünen Stiftung gibt es in Baden-Württemberg die Gesellschaft für politische Ökologie. Mitgliedseinrichtungen, die in Verbindung mit der GpÖ Tagungen durchführen wollen, können dafür bei ihr Zuschüsse beantragen. Adresse: Gesellschaft für politische Ökologie, Gutbrodstr.33, 7000 Stuttgart 1, Tel.0711/636144.

12. Christoph Peichl hat eine über 100 Seiten umfassende Diplomarbeit über Soziokultur und soziokulturelle Arbeit geschrieben. Er hat der LAKS eine Publikation der Arbeit im Rahmen der LAKS-Schriftenreihe angeboten.

13. Die Nr.2 der LAKS-Schriftenreihe steht vor der Fertigstellung (endlich !). Sie trägt den Titel "Kulturarbeit und Ästhetik I" und enthält die Referate der gleichnamigen Tagung, die im Herbst 1985 stattgefunden hat. Sie kann bei der LAKS-Geschäftsstelle zum Subskriptionspreis von 8.-DM bestellt werden.

14. Das Theaterhaus Stuttgart hat einen neuen Faltprospekt über sich selbst herausgebracht. Ihm ist zu entnehmen, daß der Umbau (nur) 1,8 Mill.DM gekostet hat, daß der Jahresetat 4 Mill.DM beträgt, die zu 65% (= 2,6 Mill.Mark) selbst erwirtschaftet werden (müssen). Der öffentliche Zuschuß beträgt1987 1, 395 Mill.Mark. Seit der Eröffnung am 29.3.85 kamen 230 000 Besucher an 650 Spieltagen zu 900 Vorstellungen. Das Theaterhaus verfügt über 3 Spielstätten: Halle 1 mit 800 Plätzen, Halle 2 250, Halle 3 200.
Vor ca. 1000 Besuchern gastierte am 31.10.87 Bulat Okudschawa aus Moskau, der Nestor der russischen Liedermacher, im Theaterhaus. Der Auftritt war über die württembergische Gesellschaft zur Förderung der deutsch-sowjetischen Beziehungen e.V. (WEGE) vermittelt. Der 63jährige Okudschawa repräsentiert noch eine Form des Liedermachers (er nennt sich bescheidener "Autorensänger"), die bei uns verschwunden ist: er gibt kein geschlossenes Konzert, sondern ermuntert das Publikum, seinen Liedvortrag mit Fragen zu unterbrechen, die auf Zettel geschrieben werden und vor zur Bühne gereicht werden. So dauerte das Konzert im Theaterhaus zwar über 2 1/2 Stunden, gesungen wurden aber nur 14 Lieder, wobei die Spannung nicht zuletzt darin lag, mit welchem Sarkasmus Okudschawa antwortete und wie offen er sich zu Gorbatschows Reformkurs bekannte.

15. Im Juli 87 fand das 3. Schorndorfer Zeltfestival, veranstaltet vom Club Manufaktur, statt. 6000 zahlende Besucher bei 6 Veranstaltungen - selbst zu Shusaku Dormu Dance Theatre kamen 300 Besucher - machten die Veranstaltungsreihe auch zu einem finanziellen Erfolg. Die Stadt Schorndorf gab einen Zuschuß von 10 000 Mark.

16. Die restriktive Haltung der Stadt Heidelberg in kulturellen Fragen wurde während des "Kulturfrühlings", den der Stadtkulturring - Verband Heidelberger Kulturgruppen e.V. vom 16.-30.5.87 veranstaltete, erneut in drastischer Weise demonstriert. Trotz eines frühzeitigen Antrags war die Stadt nicht bereit, einen städtischen Platz für die Aufstellung eines Zirkuszeltes, in dem das Abschlußfest hätte stattfinden können, zur Verfügung zu stellen. Nachdem auch das VG Karlsruhe die Klage des Stadtkulturrings abgelehnt hatte, mußte das Abschlußfest dann ausfallen. Im Info darüber heißt es:
"Die Gruppen des Stadtkulturrings nehmen den Beschluß das Verwaltungsgerichts zur Kenntnis und verzichten darauf, per Beschwerde beim VGH Mannheim oder durch einen gezielten Rechtsbruch (Platzbesetzung) die Veranstaltung doch noch durchzusetzen, da wir meinen, daß trotz aller Verbitterung mit solchen Schritten der eigentlichen Misere der Situation nicht abgeholfen wäre. Wir verurteilen jedoch die uneinsichtige Haltung der Stadt, die anstatt nach einer gemeinsamen Lösung zu suchen immer wieder nur ihre Ablehnung erkennen ließ und bürokratische Hindernisse aufbaute. ...
Stattdessen stellt die Stadt demnächst einem kommerziellen Veranstalter Thingstätte und Altstadt für ein Spektakel zur Verfügung und gibt sich damit als Kulisse für eine gigantische Konsum-Veranstaltung her, die zwar vielleicht Besucher nach Heidelberg locken wird, die aber den Heidelberger Bürgern selbst, die an Kultur interessiert sind, wenig zu bieten haben wird. Hier gehen die Auffassungen von Kultur deutlich auseinander, und wieder einmal sind es die aktiven Kulturgruppen, die das Nachsehen haben.
Um das Klima für Freie Kulturgruppen in Heidelberg erträglich zu gestalten, muß eine Absicherung ihrer Arbeit her. Dauerförderung, Platzbezuschussung, Investitionskostenzuschüsse, ein gemeinsamer Werbeträger, ein großer, gemeinsam nutzbarer Raum für Veranstaltungen ... Was wir brauchen, ist eine Förderung von Strukturen, die eine sinnvolle Arbeit auf Dauer ermöglichen. ...
Ein Kulturzentrum muß her! ..."
Kontakt: Stadtkulturring - Verband Heidelberger Kulturgruppen e.V., c/o Kulturfenster, Alte Eppelheimer Str.38, 6900 Heidelberg, Tel.06221/12698

17. Im September 1987 feierte das Laboratorium in Stuttgart sein 15jähriges Jubiläum. Das LAB, eine "Mischung aus Kleinkunst-Bühne, Nachwuchs- und Kulturkneipe" (Maxim-Zeitung 9/87) wurde von Heidi und Randi Schmidt 1972 gegründet und bis heute - hinzugekommen ist Anfang der 80er Jahre der gemeinnützige Laboratoriums-Verein - erfolgreich geführt. Wir wünschen - noch nachträglich - alles Gute zum Geburtstag !

18. Zum Schluß ein Wort in eigner Sache: ich danke allen, die den Aufbau der Landesarbeitsgemeinschaft in den letzten 5 Jahren unterstützt und die ersten politischen Erfolge für die Alternativ- bzw. Soziokultur ermöglicht haben. Angesichts der Krise, die von Tübingen aus derzeit auf den Verband übergreift, steht die MV in Horb am 29.11.87 vor schwierigen Entscheidungen. Alle, die den Fortbestand des Verbandes wollen, sollten daran teilnehmen. Das meint Euer Eckard.